

# DEUTSCHE POLIZEI

April 2015 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



Hallo Schatzi, bin auf  
der A2 hinter Hannover,  
bin bald in Berl | [Senden](#)

# VERKEHRSRECHT



## Verkehrsrecht

StVO, Zulassungsrecht, Fahrerlaubnisrecht und Verkehrsstraftaten in Ausbildung und Praxis  
Von **Karl-Peter Conrads** und **Bernd Brutscher**

19. Auflage 2013

**Umfang:** 552 Seiten

**Format:** DIN A5, Broschur

**Preis:** 29,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0715-4

Das vorliegende Buch stellt das heute notwendige Wissen im Fachbereich Verkehrsrecht von den Verhaltensvorschriften der StVO, über das Zulassungsrecht von Personen und Fahrzeugen bis hin zu den Verkehrsstraftaten dar. Der Inhalt ist dem neuesten Stand der Gesetze und der Rechtsprechung angepasst. Besonderes Augenmerk haben die Autoren dabei auf die am 1. April 2013 in Kraft getretene Neufassung der StVO gelegt.



## Prüfungswissen Verkehrsrecht

Lernhilfen, Tests und Klausuren mit Lösungen  
Von **Karl-Peter Conrads** und **Bernd Brutscher**

1. Auflage 2013

**Umfang:** 208 Seiten

**Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 19,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0637-9

Grundlage dieses Buches sind die vier Auflagen des bisher unter dem Titel „Musterklausuren Verkehrsrecht“ erschienenen Buches. Neben der inhaltlichen Aktualisierung unter Berücksichtigung der Neufassung der StVO und der neuen Bestimmungen zum Fahrerlaubnisrecht, mit insbesondere den neuen Klasseneinteilungen und dem Besitzstandsrecht, wurde ebenso versucht, die neuen Studienreformen und -inhalte mit in dieses Übungsbuch einzubeziehen, ohne die altbewährten Übungsformen über Bord zu werfen und ohne den Schwerpunkt der Klausurarbeit zu verwässern.



### DIE AUTOREN

**Karl-Peter Conrads**, Erster Polizeihauptkommissar a.D.

**Bernd Brutscher**, Erster Polizeihauptkommissar im Ministerium für Inneres und Sport/Saarland.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

## GESPRÄCHE



Foto: mzo

Der IMK-Vorsitzende und rheinland-pfälzische Innenminister, Roger Lewentz, und Gastgeber Oliver Malchow brachten es beim Meinungsaustausch in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle gemeinsam auf den Punkt: Angesichts der Bedrohungslage sei ein „tabuloses“ Umdenken beim Schutz der inneren Sicherheit notwendig.  
**Seite 19**

## EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS



Foto: mzo

Fachgespräche und „Netzwerken“: Am attraktiven Kongressstand der Gewerkschaft der Polizei fanden sich Ende Februar in Berlin zahlreiche Gesprächspartner und hochrangige Gäste aus Polizei und Politik ein.  
**Seite 21**

## FORUM

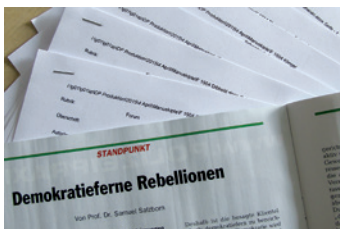


Foto: mzo

Zahlreiche Reaktionen löste der Standpunkt von Prof. Dr. Samuel Salzborn unter dem Titel „Demokratiefeindliche Rebellionen“ über „HoGeSa“ und „Pegida“ im letzten Heft in der DP-Leserschaft aus. In dieser Ausgabe kommen Leserbriefschreiber zu Wort.  
**Seite 33**

- 2 KOMMENTAR** Tödliches Ablenken
- 2/33 FORUM**
- 3 SERVICE** GdP bietet neue Apps an
- 4 TITEL/VERKEHRSGERICHTSTAG** Die letzte Nachricht Unfallursache Smartphone – Unkonzentriert am Steuer
- 11 PRÄVENTION** Psychologische Aspekte von Senioren im Straßenverkehr
- 18 VERKEHRSGERICHTSTAG** Neue Entwicklungen im maritimen Umweltschutzrecht
- 19 GESPRÄCHE** „Tabuloses“ Umdenken beim Schutz der inneren Sicherheit notwendig
- 20** Langfristig Hochschulniveau bei Ausbildung von Führungskräften sichern
- 21 EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS** „Eine Rundumbeobachtung ist kaum möglich“ – Sicherheitsexperten beraten in Berlin
- 22-25 EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS** Impressionen
- 26 MITBESTIMMUNG** Deutscher Personalräte-Preis 2015 – jetzt bewerben
- 29 SENIOREN** Ältester GdP-Funktionär tritt in den Ruhestand – „Irgendwann muss einmal Schluss sein!“
- 30 RUHRFESTSPIELE RECKLINGHAUSEN** Pralles Programm im Pott
- 39 AKTUELL** Zähe Tarifverhandlungen
- 39** Nackter Hass und menschenverachtende Brutalität
- 40 BÜCHER/IMPRESSUM**



## Tödliches Ablenken

Manchmal ist es zum Verzweifeln. Du wirst zu einem Verkehrsunfall gerufen, nur ein Fahrzeug, Personenschaden, der Fahrzeugführer wahrscheinlich tot. Du sitzt selbst im Funkwagen und bist konzentriert, weil du und dein Kollege jetzt mit Sondersignalen auf Einsatzfahrt seid – und du dir keine Unachtsamkeit erlauben kannst. Du kommst



an und erschauerst: von dem Wagen, immerhin ein Mittelklassemodell, ist nur noch ein Blech-Plastik-Knäuel übrig. Keine Bremsspur ist auf der Straße zu sehen, trotzdem vielleicht ein Wildunfall? Der eine Scheinwerfer ist sogar noch intakt.

Die Kollegen von der Feuerwehr schauen an dir vorbei, die Rettungssanitäter winken ab. Du willst dir das Opfer eigentlich gar nicht anschauen; es ist schrecklich. Irgendein Handy klingelt. Du denkst dir, nee, dass muss jetzt nicht sein. Doch der SMS-Ton kommt aus dem Wrack. Das Smartphone liegt neben der irgendwie unrealistisch verbogenen Fahrertür. Der Bildschirm leuchtet noch und du liest: „wann kommst du?“

Offenbar sind heutzutage viele überfordert, wenn es darum geht, Dinge nacheinander zu machen. Ja, natürlich leben wir in einer Zeit, in

der viele Menschen größten Wert auf Effizienz legen. Wir leben in einer Zeit, in der aus meist kaum nachvollziehbaren Gründen jede noch so unbedeutende Information an den Empfänger übermittelt wird. Wird einem womöglich suggeriert, dass der Empfänger darauf ein Recht hat oder liegt der tiefere Grund darin, dass das Absenden einer Nachricht so einfach ist? Experten schätzen, dass im Jahr 2017 insgesamt 28 Billionen Nachrichten weltweit mobil versendet werden. Diese Summe entspricht einer nur schwer vorstellbaren Zahl von 28.000 Milliarden oder – womöglich etwas anschaulicher – einer Zahl mit zwölf Nullen im Gepäck. Fakt ist: Dieses Rad werden wir nicht zurückdrehen. Und wir wollen es auch nicht. Was wir aber wollen, ist, möglichst viele Menschen über die Gefahren aufzuklären, sich am falschen Ort und zur falschen Zeit von Sekundärem ablenken zu lassen. Zum Beispiel am Steuer eines Autos.

Wir – und das betrifft nicht nur die Polizei – müssen Menschen schon in jungen Jahren über die Beiläufigkeit schwerster Unfälle und dramatischer Schicksale aufklären, ohne von ihnen als „Oldschool“-Lehrmeister abgestempelt zu werden. Wir müssen ihnen deutlich machen, dass sie, die versuchen, möglichst viele Dinge mehr oder weniger gleichzeitig zu erledigen, sich fatalerweise immer öfter dort aufhalten, wo das Schnellebige gleichsam zum tödlichen Risiko wird. Und nicht zuletzt müssen wir auch in der Lage sein, sogenannte fahrfremde Tätigkeiten polizeilich zu überwachen ...

Oliver Malchow  
GdP-Bundesvorsitzender

### Zu: Eigensicherung, DP 1/15

Der Artikel zur Eigensicherung „Die Gefahr aus dem Nichts“ von Steffen Meltzer ist nach meiner Auffassung sehr gut. Er ist geprägt von einer sehr hohen Fachkompetenz. Breite und Tiefgründigkeit zu einem so schwierigen Thema ... einfach super. Deeskalationsstrategien und freundliche Ansprache müssen bei allen Beamten erlernt und dauerhaft trainiert werden.

Genauso toll finde ich den darauffolgenden Artikel von Otto Diederichs. Unter dem Abschnitt „Ein Polizist ist kein Sheriff“ beschreibt er Folgen wie Postshooting-Trauma und Posttraumatische Belastungsreaktionen. Genau das Thema zur Aufgabenstellung des Dezentralen Beratungsteams der Sächsischen Polizei.

Also danke noch einmal für den guten Hinweis. ... sollten alle Beamten und vorrangig auch Vorgesetzte lesen und sich intensiv damit auseinandersetzen. Auch in der Aus- und Fortbildung und bei den Trainings müsste ein Umdenken einsetzen.

Harry Heber, Chemnitz

### Zu: Terrorismus

Ich möchte eine bissige Randbemerkung in Sachen Terrorgefahr in der BRD machen: Wo sind jetzt unsere Spar- und Kürzungskommissare aus der Politik, die bei der Polizei den Rotstift angesetzt haben?

Einmal ist es aus, dann haben die härtesten Beamten keine körperlichen Kräfte mehr und sind verbraucht.

Der nächste Terroralarm kommt gewiss.

Eberhard Sussiek, Neu Wulmstorf

### Zu: Terrorismus, DP 2/15

Für Mord gibt es keine Rechtfertigung, egal ob es sich um islamische Fanatiker handelt, die die Redakteure einer französischen Satire-Zeitschrift töten, oder um RAF beziehungsweise NSU. Aber man darf auch die Frage stellen, ob Satire alles darf, wie es Kurt Tucholsky seinerzeit schrieb. Übrigens: Ihm wird auch der Satz zugeschrieben „Soldaten sind Mörder“.

Nein, auch Satire muss sich gefallen



lassen, dass sie die Rechtsordnung zu beachten hat. In ihr gibt es einige Vorschriften zum Schutz der Persönlichkeit einzelner Menschen, aber auch zum Schutz religiöser Gruppen und Religionsgesellschaften, und damit des Rechtsfriedens. Das fängt bei der Beleidigung an, geht über die Verleumdung und üble Nachrede und hört bei der Volksverhetzung auf.

Besonders problematisch wird es in Glaubensfragen, um derentwegen in allen Jahrhunderten Kriege geführt und Andersgläubige – auch von Christen – massakriert wurden. Auch Satiriker haben nicht das Recht, Religionen und ihre führenden Köpfe zu verspotten. Die deutsche Satire, die den Papst in einer uringetränkten Sutane zeigt, war schlichtweg geschmacklos, und auch die Religionsstifter anderer Religionen sollten tabu sein.

Insofern darf man die Scherzkekse

und Besserwisser, die sich Satiriker nennen, sich über die Rechtsvorschriften hinwegsetzen und die religiösen Befindlichkeiten anderer missachten, auch Brandstifter nennen. Denn der Frieden zwischen den Angehörigen einzelner Religionen ist selbst in unserer aufgeklärten Zeit noch äußerst fragil, wie die Vorkommnisse in Nordirland gezeigt haben, und auch die Auseinandersetzungen im früheren Jugoslawien waren zum großen Teil religiös motiviert.

Andererseits lebt Satire vom Spott. Spottet also weiter, liebe Satiriker, über Politiker, Steuerhinterzieher, Fußballspieler und andere Typen, aber lasst den Glauben und die Religionen außen vor. Wer Wind sät, ...

Es bleibt also eine Gratwanderung – aber Mord ist durch nichts zu rechtfertigen!

Peter Schultheiß, Potsdam

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

### Kontakt zur Redaktion:

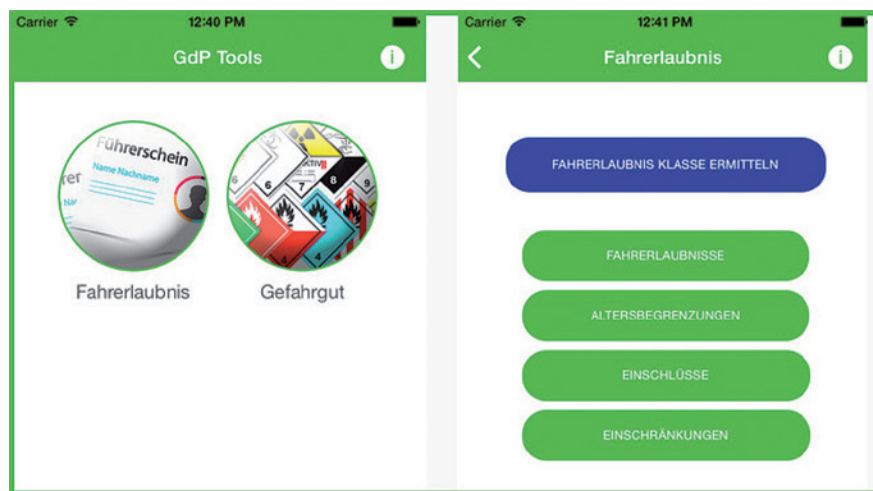
GdP-Bundesvorstand  
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-pressestelle@gdp.de

## SERVICE

# GdP bietet neue Apps an

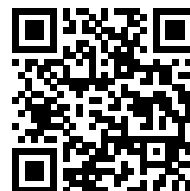
Zuwachs im GdP-App-Center: Mit den „GdP Tools“ ist es möglich, die für ein beliebiges landgebundenes Fahrzeug erforderliche deutsche Fahrerlaubnis zu „berechnen“. Dazu werden Fahrzeuge zunächst nach ihren Spuren – beispielsweise vier-, drei- oder zweispurig – eingeteilt. Dann werden die im Fahrzeugschein oder in der Betriebserlaubnis aufgeführten technischen Daten wie Hubraum, Geschwindigkeit, Antriebsart et cetera Zug um Zug eingegeben und vom Programm bewertet. Am Ende erfolgt die Ausgabe der erforderlichen Fahrerlaubnisklasse einschließlich einiger Rahmenbedingungen wie das erforderliche Alter. Das Programm „GdP Tools“ errechnet Fahrerlaubnisse, die ab dem 19. Januar 2013 ausgestellt wurden. Ein mobiles „Werkzeug“ zum Thema Gefahrgut ist bereits in Arbeit.

Schon etwas länger zu haben, ist der „Schlaumacher für die Wasserschutzpolizei“. Das kleine gedruckte Wörterbuch, das ebenfalls in aktueller Print-Ausgabe erhältlich ist, gibt es



auch als App. In Anlehnung an den englischen Begriff Nautic Dictionary wurde die Anwendung „NauticDict“ genannt. Weitere Informationen zu allen GdP-Apps kann man leicht auf der GdP-Homepage [www.gdp.de](http://www.gdp.de) unter „Infothek/Die GdP-Apps“ finden oder auch direkt über den abgedruckten QR-Code.

mzo



**TITEL**

VERKEHRSGERICHTSTAG 2015



# Die letzte Nachricht

Unfallursache Smartphone – Unkonzentriert am Steuer

Von Peter Schlanstein

**Fast jeder zweite Autofahrer benutzt gelegentlich ein Mobiltelefon während der Fahrt, auch ohne Freisprechanlage, wie anonyme Umfragen bestätigen. Doch im lebhaften Straßenverkehr ist es nicht immer leicht, den Überblick zu behalten. Ein Blick aufs Handy reicht und schon übersieht man zum Beispiel das Rot der Ampel. Nach Angaben des österreichischen Kuratoriums für Verkehrssicherheit sind Unaufmerksamkeit und Ablenkung in einigen Städten zum Teil für mehr als jeden dritten Verkehrsunfall verantwortlich. Welche vorbeugenden Maßnahmen erscheinen Erfolg versprechend, um dem Ablenkungsanreiz entgegenzusteuern? Welche Kontroll- und Ahndungsmechanismen dienen der Verkehrssicherheit? Der Deutsche Verkehrsgerichtstag hat sich in diesem Jahr intensiv mit solchen Fragen auseinandergesetzt und nach Lösungswegen auch unter juristischen und psychologischen Aspekten gesucht.**

**D**as vernetzte Kraftfahrzeug soll künftig unsere Straßen erobern und die Mobilität revolutionieren, indem Autos miteinander kommunizieren oder gleich selbst fahren. In der digitalen Welt setzt die Gesellschaft auf Beschleunigung und dauerhafte Präsenz. Autofahrer möchten auch unterwegs online sein, um Informationen auszutauschen. Weitreichende Nutzungsmöglichkeiten von Internet, Navigationsgeräten, Smartphones oder Tablet-PCs locken und verlocken den Verkehrsteilnehmer.

Smartphones sind heute weiter verbreitet als herkömmliche Mobiltelefone. Neben dem „bloßen“ Telefonieren werden die vielfältigen Funktionen des mobilen Internets durch flexiblen Zugriff auf Webinhalte, E-Mails oder soziale Netzwerke und Apps häufig auch beim Fahren genutzt. Dies entwickelt sich aber zu einem neuen Gefährdungspotenzial, dass im Straßenverkehr oftmals ausgeblendet wird. Smartphones sind, besonders für junge Menschen, zu einem festen Bestandteil des täglichen Lebens geworden. Doch Experten warnen: Hinter dem Steuer haben diese Geräte nichts zu suchen.

Beim Kraftfahrt-Bundesamt wurden 2013 nach Recherchen des Verkehrspsychologen Jörg Kubitzki vom Allianz Zentrum für Technik (AZT) rund 384.000 Verstöße gegen das beim Fahren geltende Nutzungsverbot von Mobiltelefonen erfasst. Kubitzki geht von einer Dunkelziffer von knapp 1 zu 3.400 aus. Das würde im Hellfeld 1,3 Milliarden Handyverstöße pro Jahr in Deutschland bedeuten. Berechnet hat er die Quote aufgrund einer bundesweiten Erhebung der Sachverständigenorganisation DEKRA, bei der mehr als 10.000 Pkw-Fahrer beobachtet wurden, ob sie während der Fahrt

ein Handy am Ohr hielten. Bei jährlich rund 43 Milliarden Pkw-Wegen von Fahrern ist die Prognose – bezüglich der erkannten Verstöße – plausibel. Da allerdings genaue Feststellungen aller Delikte von außen kaum möglich sind, dürfte aufgrund des allein durch Sichtkontrollen nicht umfassend

nutzte, davon fast 70 Prozent neben Anrufen auch für weitere Zwecke. 28 Prozent der Nutzer verwendeten es zumeist auch für Funktionen, die die visuelle Aufmerksamkeit – beispielsweise durch SMS, mobiles Internet, oder Apps – in besonderem Maße beanspruchen. Zugleich äußerten 65 Prozent der 18 bis 39 Jahre alten Smartphone-Besitzer in der Umfrage, dass „eine sicherere Nutzung des Smartphones während des Fahrens (ihnen) sehr wichtig“ sei. Zwei Drittel aller Befragten erwarteten indes, dass sie in den nächsten zehn Jahren über noch mehr Zusatzleistungen wie Internet im Auto verfügen werden.

## Unterschätzte Gefahr: Blindflug mit hohem Risiko

Spätestens in der Fahrschule erlernen junge Menschen, dass die Beschäftigung mit fahrfremden Tätigkeiten



*Eine Sekunde Ablenkung reicht schon ...*

*Foto: Allianz*

feststellbaren Smartphone-Gebrauchs von einem noch größeren Dunkelfeld auszugehen sein.

**D**as Beratungsinstitut McKinsey ermittelte, dass bereits 2012 fast ein Drittel der Autofahrer in Deutschland zur mobilen Kommunikation ein Smartphone während der Fahrt be-

wie dem Bedienen fahrzeuginterner Systeme oder von Geräten, die nicht zum Fahrzeug gehören (Musikabspielgeräte, Handys) während des Lenkens zu einem erhöhtem Unfallrisiko führt und deshalb zu vermeiden ist. Nach dem Erwerb der Fahrerlaubnis scheint dieses Wissen die Fahrer aber nicht mehr davon abzuhalten, solche Prak-



tiken dennoch am Steuer auszuüben.

In der Annahme, die Situation im Griff zu behalten und bei dem während der Fahrt verbotenen Gebrauch eines Smartphones ohnehin nur einem geringen polizeilichen Entdeckungsrisiko ausgesetzt zu sein, wendet jeder Betroffene die Aufmerksamkeit zwangsläufig weg von der Straße hin zum Gerät – bis es womöglich zu einem schweren Unfall kommt.

### Besonders junge Fahrer lassen sich ablenken

Vom Handy ablenken lassen sich besonders junge Fahrer. Verkehrsunfälle sind für die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen die häufigste Todesursache. Die Wahrscheinlichkeit,

einhergehen. Die konkrete Ursache solcher, oft rätselhaft erscheinender Unglücke zu ermitteln, bereitet der Polizei indes bislang zum Teil erhebliche Probleme. In den Unfallanzeigen finden sich dann oftmals Formulierungen wie: „Aus ungeklärter Ursache kam das Fahrzeug von der Fahrbahn ab ...“

**A**blenkung oder Unachtsamkeit als Unfallursache tauchen deutschlandweit in keiner amtlichen Statistik auf, sodass diese Daten bislang nicht ausgewertet und deshalb seitens der Polizei wie der Bevölkerung vielfach unterschätzt werden. In polizeilichen Erhebungen zählen Ablenkung oder Unachtsamkeit allenfalls zu den „sonstigen Ursachen“, das heißt „Ursache 49: Andere Fehler beim Fahrzeugführer“, soweit sie nicht

sind dabei in ihrer Art bei diversen Tätigkeiten in unterschiedlichen Ausprägungen und häufig kombiniert anzutreffen.

In Österreich hat man Ablenkung oder Unachtsamkeit mittlerweile als Ursache für jeden dritten Verkehrsunfall ermittelt. Insbesondere die Ablenkung durch Benutzung eines Smartphones erweist sich dort laut Verkehrsclub Österreich als eine stark wachsende Unfallgefahr. Bei den Hauptursachen der tödlichen Verkehrsunfälle im Nachbarland sind Unachtsamkeit beziehungsweise Ablenkung derzeit für jede siebte Todesfahrt verantwortlich, so die Aussage des Bundesinnenministeriums in Wien.

Begründete Anhaltspunkte für die Annahme, dass in Deutschland die Folgen der Ablenkung durch moderne Kommunikationstechniken harmloser sind, da sie noch gar nicht als solche registriert werden, sind keineswegs ersichtlich.

**E**ine vom Autobauer Ford zum Thema „Ablenkung im Straßenverkehr“ in Auftrag gegebene Studie zeigt vielmehr, dass unter anderem in Deutschland ein Viertel aller befragten jungen Autofahrer bereits Selfies während der Fahrt aufgenommen haben. Mehr als in anderen EU-Mitgliedstaaten gaben deutsche junge Fahrer bei der Befragung zu, sich bei der Fahrt aktiv mit Social-Media-Internetseiten zu beschäftigen. Jeder dritte von ihnen nutzt Dienste zum Beispiel von Facebook, Twitter oder Instagram, um beim Fahren Nachrichten abzufragen oder gar Inhalte dort selbst einzustellen.

### Grenzen der Belastbarkeit

Schon 2008 warnte der Deutsche Verkehrsgerichtstag vor einer Überforderung des Autofahrers durch Sekundäraufgaben infolge wachsender Ausstattung eines Kfz mit innovativen Fahrer-Assistenzsystemen (FAS), Fahrer-Informationssystemen (FIS) oder Entertainment-Geräten und weiterer portabler, im Fahrzeug verwendbarer Techniken. Denn die Verarbeitungskapazität des menschlichen Gehirns ist begrenzt.

„Wahrnehmungsexperimente belegen, dass uns durch die Konzentration auf eine Aufgabe möglicherweise etwas ganz Wichtiges in einem anderen Bereich entgeht und gerade dadurch die Verkehrssicherheit gefährdet ist.



**Das Handy-Verbot am Steuer schreckt Autofahrer offenbar wenig ab.**  
Foto: DVR

bei einem Unfall im Straßenverkehr zu sterben, liegt für sie dem Statistischen Bundesamt zufolge fast doppelt so hoch wie beim Durchschnitt aller Autofahrer.

Nach Einschätzung von Verkehrsexperten führt die verbotene Nutzung von Mobiltelefonen viel häufiger als in der Bevölkerung bekannt zu Verkehrsunfällen, deren Folgen oftmals mit Verletzten oder gar Toten, wenigstens aber erheblichem Sachschaden

anderen Positionen wie zum Beispiel Geschwindigkeit oder Abstand zugeordnet werden.

Unfallstatistiken in den USA, in denen Ablenkung schon seit mehreren Jahren als eigene Kategorie geführt wird, zeigen indes, dass derzeit jeder zehnte Unfall mit Todesfolge sowie mehr als jeder sechste Unfall mit Verletzten aufgrund visueller, manueller oder kognitiver Ablenkung entstehen. Die genannten Beeinträchtigungen





Aus der Überforderung unseres Sinnessystems resultieren Fehlleistungen und Unfälle. Durch die Sekundäraufgaben wird der Fahrer von seiner eigentlichen Aufgabe, dem Führen eines Fahrzeugs (Primäraufgabe), abgelenkt“, lautet eine mahnende Kernaussage der nun sieben Jahre alten Gerichtstagesempfehlungen.

Dass vom Verkehr ablenkende Tätigkeiten das Fahren beeinträchtigen können, ist durch diverse Untersuchungen belegt und zählt längst zum Gemeingut. Weitgehend unbekannt war bis zuletzt aber, wie häufig und bei welchen Gelegenheiten die fahrfremden Aufgaben, wie insbesondere die Nutzung von Mobiltelefon oder Smartphone, während des Fahrens durchgeführt werden. Erst aus dem Zusammenspiel zwischen gefahrgeinigtem Verhalten und Häufigkeit des Auftretens lässt sich faktisch beurteilen, inwieweit die Ablenkung tatsächlich das Unfallrisiko erhöht.

Die bislang fundiertesten Erkenntnisse zur Ausübungshäufigkeit fahrfremder Tätigkeiten lassen sich grundlegend einer jüngeren Studie der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) entnehmen. Die in einer Literaturanalyse ausgewerteten, vor allem im Ausland durchgeführten Beobachtungs- und Befragungsstudien belegen, dass das Telefonieren bei der Fahrt die bis heute am besten untersuchte Nebentätigkeit im Auto darstellt. Danach beeinträchtigen sowohl die physische als auch die kognitive Ablenkung beim Telefonieren während des Fahrens viele der für das Fahren notwendigen Prozesse, wie die visuelle Suche, Reaktionszeiten und Entscheidungsprozesse. Dies wirkt sich regelmäßig messbar in verminderter Fahrerleistung (Spurhaltung und Geschwindigkeitskontrolle) aus. Überdies führt der Gebrauch eines Telefons beim Fahren häufig dazu, dass weitere ablenkende Tätigkeiten ausgeführt werden, so Telefonnummern oder Termine aufschreiben, die die Fahrleistung zusätzlich reduzieren.

In zwei Fahrsimulatorstudien hat die BASt sodann untersuchen lassen, wie sich die Benutzung von Smartphones auf die Fahrsicherheit auswirkt und ob Fahrer in der Lage sind, Smartphones situationsangepasst zu benutzen. Die Ergebnisse wurden im Januar 2015 veröffentlicht. In diesen beiden durch das Würzburger Institut für Verkehrswissenschaften (WIVW) sowie unmit-

telbar seitens der BASt durchgeführten Untersuchungen hat sich generell erwiesen, dass die Benutzung eines Smartphones zu gewissen negativen Beeinträchtigungen der Fahrleistung führt, wobei das Ausmaß möglicher Defizite jedoch stark von der Art der Anwendung sowie vom Bediennkontext des Gerätes abhängig ist.

### Mobiltelefon im Straßenverkehr: Reden ist Silber

Zur Bedienung von beispielsweise Smartphones im Auto enthält das deutsche Verkehrsrecht eine den Anforderungen der Zeit nicht mehr entsprechende Regel. Durch Paragraph 23 Abs. 1a StVO ist es dem Fahrzeugführer während der Fahrt beziehungsweise bei laufendem Motor verboten, „ein Mobil- oder Autotelefon“ zu benutzen, „wenn hierfür das Mobiltelefon oder der Hörer des Autotelefons aufgenommen oder gehalten werden muss“. Ein folgenloser, das heißt ohne Gefährdung oder Schädigung gegen diese Regel gerichteter Verstoß, der naturgemäß nur mit Vorsatz möglich ist, wird für den Kraftfahrer als Ordnungswidrigkeit mit 60 Euro Bußgeld und einem Punkt im Fahreignungsregister bedroht.

Bezweckt wurde mit Einführung der Vorschrift im Jahr 2001, „dass der Fahrzeugführer während der Benutzung des Mobil- oder Autotelefons beide Hände für die Bewältigung der Fahraufgabe frei hat. Die Benutzung schließt neben dem Gespräch im öffentlichen Fernsprechnetz sämtliche Bedienfunktionen wie das Anwählen, die Versendung von Kurznachrichten oder das Abrufen von Daten im Internet etc. ein“. Kein Verstoß liegt dagegen vor, wenn der Fahrer das benutzte Telefon oder den Telefonhörer nicht halten oder aufnehmen muss.

Die seinerzeitige Gesetzesbegründung weist weiterhin auf eine Untersuchung der BASt hin, wonach 1996 insgesamt 20 Tote, 100 Schwer- und 450 Leichtverletzte dem Telefonieren am Steuer zumindest mitursächlich zuzurechnen gewesen seien. Hinzu komme eine nicht abschätzbare Dunkelziffer. Überdies hätten wissenschaftliche Untersuchungen gezeigt, dass sich durch Benutzung einer Freisprecheinrichtung Unsicherheitsfehler wie spätes Bremsen oder Nichteinhalten der Fahrspur und Fahrfehler

wie Übersehen von Verkehrszeichen oder Fahrten in die falsche Richtung im Vergleich zu einem Gespräch ohne Freisprecheinrichtung um mehr als 50 Prozent reduzieren lassen.

### Nicht das einzige Problem: Telefonieren am Steuer

Dieser älteren Einschätzung gegenüber stehen mittlerweile viele neuere Untersuchungen, in denen zu den (negativen) Auswirkungen des Telefonierens mit beziehungsweise ohne Freisprecheinrichtung in der Tat kein nennenswerter Unterschied gefunden werden konnte. Vielmehr ist es danach so, dass das größte Ablenkungspotenzial weniger von der motorischen Komponente des Hörerhaltens ausgeht als vom Telefonieren selbst.

Prüfungen der Sicherheit von Gesprächen mit und ohne Freisprecheinrichtung wiesen letztlich jeweils vergleichbare Leistungseinbußen auf. Dies lässt darauf schließen, dass der größte Anteil der Einbußen weniger auf die manuellen Aspekte (das Telefon zu halten) als auf die kognitiven Anforderungen des Gesprächs zurückzuführen ist. Während die Telefonbedienung zwar nur ein relativ kurzfristiges Ereignis darstellt, das aber vor allem die Querregelung (Spurhaltung) nachteilig verändert, handelt es sich beim Gespräch häufig um ein längerfristiges Ereignis, das zu deutlichen Veränderungen der Fahrzeugbedienung und -dynamik führt. Beim Gespräch wird die Aufmerksamkeit offenbar regelmäßig auf das absolut Notwendige reduziert, was in plötzlich auftretenden schwierigeren Verkehrssituationen jedoch nicht ausreichend ist und auch nicht dadurch vollständig kompensiert werden kann, dass Fahrer generell bei der Benutzung des Smartphones einen größeren Abstand zum Vorausfahrenden einhalten.

Während ältere Untersuchungen der BASt sich aufgrund der seinerzeit technisch begrenzten Möglichkeiten der Handys maßgeblich mit dem (bloßen) Telefonieren am Steuer beschäftigt haben, hat sich durch die Entwicklung moderner Smartphones der Umfang des Repertoires nutzbarer Funktionen um vielfache neue Anwendungen vergrößert, und die Systeme wachsen dynamisch fort. Mit dem enormen Tempo konnte die Rechtslage im Straßenverkehr nicht Schritt halten.

Eine Nutzung moderner Multime-



dia-Entertainment- und Kommunikationstechniken wie MP3-Player oder Tablet-PCs wird, soweit die Geräte nicht zugleich eine Telefonfunktion besitzen, von den bislang in Paragraf

anspruchsvolle Internetaktivitäten wie das Lesen in umfangreichen Texten als sehr kritisch und besonders nachteilig für die Verkehrssicherheit betrachtet werden, ergaben Studien.

tionsstudie zur „Smartphone-Nutzung während der Fahrt“ im Ergebnis empfohlen, mittels einer spezifisch zu entwickelnden Smartphone-Applikation den Zugriff auf einige Funktionen des Telefons während der Fahrt zu beschränken, das heißt die gefahrenträchtigen komplexen Nebenaufgaben dabei technisch zu unterbinden.

Technische Sicherungen solcher Art erscheinen dringend geboten, weil zu erwarten ist, dass infolge stetiger Fortentwicklung und wachsender Verbreitung von Multimediasystemen in naher Zukunft mehr und mehr solcher portabler oder eingebauter Anwendungen Einzug ins Kfz halten und die Probleme sich damit verschärfen werden.

### Beweiserhebung erleichtern

Beim Vorliegen eines Anfangsverdachts, gegen das Benutzungsverbot für Mobil- oder Autotelefone verstoßen zu haben, hat die Polizei nach pflichtgemäßem Ermessen (Paragraf 47 OWiG) die erforderlichen Ermittlungsmaßnahmen zur Verfolgung des bußgeldbewehrten Verstoßes zu treffen. Dabei zeigen sich in der Praxis immer wieder auftretende Schwierigkeiten in der Erbringung des Tatnachweises, der in der Regel über Zeugenaussagen der Beamten geführt werden muss.

Kann nicht eindeutig positiv erkannt werden, ob ein Handy beim Fahren verwendet worden ist, reicht der Rückschluss aus einer vorgenommenen „typischen“ Handbewegung auf die Benutzung des Geräts keineswegs aus, stellte das Thüringer Oberlandesgericht 2014 fest. Zwar wird das Merkmal des Benutzens durch die inzwischen unübersehbar lange Kette der Rechtsprechung grundsätzlich weit ausgelegt. Verboten sind zum Beispiel auch Vor- und Nachbereitungshandlungen, soweit das Gerät als „Mobil- oder Autotelefon“ dienen kann. Dennoch ist das bloße „Anfassen“ nach Auffassung des Oberlandesgerichts Köln erlaubt, wenn das Gerät etwa von einer Ablage in die andere gelegt wird. Funksprechgeräte dürfen demnach verwendet werden, soweit mit ihnen keine Kommunikation im öffentlichen Fernsprechnetzw möglich ist. Auch sei das Telefonieren mit dem Schnurlostelefon am Steuer erlaubt, wenn es sich um das – nur in geringer Entfernung vom Haus nutzbare – bloße Mobilteil eines Festnetz-Telefons han-



Unterschätzte Gefahr: Multimedia-Geräte im Auto.

Foto: ACE

23 Abs. 1a StVO geregelten Pflichten des Fahrzeugführers, das heißt vom Verbot des Bedienens während der Fahrt, gar nicht erfasst. Deshalb besteht hier eindeutig Nachbesserungsbedarf. Doch der Teufel steckt wieder mal im Detail, weil es sich alles andere als einfach erweist, eine geeignete Formulierung der Vorschrift zu finden, die einerseits den gebotenen Anforderungen der Verkehrssicherheit entspricht und andererseits die Möglichkeiten der polizeilichen Verkehrsüberwachung und Beweissicherung nicht überfordert.

### Höchstes Sicherheitsrisiko: Ablenkungswirkung neuer Funktionalitäten

Was muss geregelt werden? Als besonders stark beeinträchtigend erweisen sich Ablenkungen, indem der Fahrer mit dem Smartphone Aufgaben ausführt, die hohe visuell-motorische Anforderungen an ihn richten. Hierzu zählen insbesondere das Lesen sowie das Eingeben von Texten am Touch-Display. Daher müssen das Eingeben von Kurzmitteilungen oder gar von E-Mails am Smartphone sowie sonstige

Wer danach als Fahrer eine SMS verfasst, schaut im summarischen Durchschnitt über eine (Gesamt-)Blickabwendungsdauer von etwa 23 Sekunden auf das Smartphone und bei einer Nachrichten-App durchschnittlich 25 Sekunden. Wer dabei in Intervallen von nur zwei Sekunden den Blick von der Straße abwendet, um aufs Display des Smartphones zu schauen, fährt jedoch bei Tempo 50, gemäß der Weg-Zeit-Berechnung, jeweils knapp 30 Meter im Blindflug. Mit einer Zuwendung der visuellen Aufmerksamkeit auf eine Smartphone-Aufgabe leiden nicht nur die Spurhaltung sowie das Abstandsverhalten. Der Fahrer kann zugleich auf plötzliche Ereignisse nicht mehr reagieren. Zu viele und zu lange Blickabwendungen müssen daher unbedingt vermieden werden. Das gilt in besonderem Maße für das Verfassen und Empfangen von Textnachrichten oder E-Mails sowie das Surfen im Internet.

Oftmals reduzierte Geschwindigkeiten, die beim Schreiben von Textnachrichten, nicht jedoch beim Lesen oder einem Status-Update beobachtet worden sind, erscheinen kaum geeignet, die zusätzlichen Anforderungen zu kompensieren. Daher wird durch die Verfasser einer britischen Simula-



delt. Eine verbotswidrige Benutzung eines Mobiltelefons durch einen Fahrzeugführer liege schließlich auch dann nicht vor, wenn das Fahrzeug steht und der Motor infolge eines automatischen Ausschaltens des Motors (Start-Stopp-Funktion) ausgeschaltet ist.

Neben den tatsächlichen Schwierigkeiten der Beweiserhebung bereiten aber auch die rechtlichen Grenzen möglicher Eingriffe bei der Ermittlung derartiger Verstöße, vor allem die Zulässigkeit der Beschlagnahme von Mobiltelefonen zum Zwecke des Auslesens von Kontaktdaten, der Polizei erhebliche Probleme.

Sofern ein zuverlässiger Zeugenbeweis nicht erbracht werden kann, müsste durch Nachschau im Fahrzeug geprüft werden, ob sich der Verdacht entkräften oder erhärten lässt. Eine verdachtsunabhängige Kontrolle nach Paragraph 36 Abs. 5 StVO wird als Ermächtigungsgrundlage für Handy-Überprüfungen nicht ausreichen, wie aus polizeilicher Sicht Ewald Ternig von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz betonte. Allerdings kann eine Durchsichtung des Fahrzeugs nach Paragraph 102 StPO begründet werden, da die Vorschriften der StPO nach Paragraph 46 Abs. 1 OWiG grundsätzlich Anwendung finden.

Die Möglichkeit, einem Polizeibeamten zur Prüfung eines Beweismittels gemäß Paragraph 94 StPO die Möglichkeiten einzuräumen, direkt am Gerät nachzuschauen, ob es zur Tatzeit genutzt wurde, sieht Kai Lohse, Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof, indes nicht. Er zweifelt mit Blick auf die Wertung des Paragraph 46 Abs. 3 S. 1 OWiG überdies daran, dass – bei einem bloß ordnungswidrigen Verstoß gegen Paragraph 23 Abs. 1a StVO – eine Beschlagnahme des Mobiltelefons nach Paragraph 94 StPO zur (in die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft fallenden) Durchsicht der Verbindungsdaten gemäß Paragraph 110 Abs. 1 StPO als zulässig anzusehen ist. Eine solche Möglichkeit dürfte aus Gründen der Verhältnismäßigkeit allenfalls bei Straftaten beziehungsweise bei Verkehrsunfällen mit Verletzten in Betracht kommen.

Autofahrer werden aber damit rechnen müssen, dass die Polizei künftig mehr als bisher solche Ermittlungsmaßnahmen einleiten wird, wenigstens bei Personenschadenunfällen. Darauf deutet auch jüngst eine Erklärung des nordrhein-westfälischen

Innenministers Ralf Jäger hin, in der er das verstärkte Vorgehen gegen die Nutzung von Mobiltelefonen am Steuer zu einem neuen Arbeitsschwerpunkt der Polizei benannte: „Wenn bei einem Unfall mit Personenschaden der Verdacht besteht, dass der Fahrer durch das Handy abgelenkt war, wird die NRW-Polizei künftig das Handy sicherstellen und auf Anordnung der Staatsanwaltschaft auswerten, ob eine Kommunikationsverbindung zum Unfallzeitpunkt bestand.“

BASt anzusiedelnde Arbeitsgruppe liefern.

Die Verhinderung einer Ablenkung im Straßenverkehr durch moderne Kommunikationstechniken soll intensiver als bisher mittels präventiver Maßnahmen erfolgen. Junge Menschen müssten bereits in den Schulen und Fahrschulen sowie Kraftfahrer in der Arbeitswelt stärker sensibilisiert werden. Der Arbeitskreis empfiehlt, hierzu eine bundesweit ein-

### Handyparagraph muss grundlegend überarbeitet werden



Foto: Ursula Barrenberg/GdP

**Auf ihrem diesjährigen GdP-Verkehrsforum über Ablenkung im Straßenverkehr sprach sich die GdP NRW für eine umfassende Weiterentwicklung des Handyparagraphen aus. Für ihre Auffassung fand der Landesbezirk Mitte März in Düsseldorf eine breite Unterstützung durch die anwesenden Verkehrspraktiker der Polizei, Psychologen und Verkehrsjuristen. Fakt ist, Telefonieren während der Autofahrt ist genauso gefährlich wie das Fahren mit 0,8 Promille. Wer eine SMS schreibt, reagiert ebenso eingeschränkt wie mit 1,1 Promille.**

red

### Empfehlungen des Verkehrsgerichtstages

Die Diskussionen der Goslarer Experten mündeten in die Forderung, zunächst aussagekräftige Daten über Fälle schwerer Unfallereignisse im Straßenverkehr infolge einer Ablenkung des Fahrers durch Informations-, Kommunikations- und Unterhaltungsmittel zu erheben. Die Art der Nutzung sowie die Häufigkeit sollen nicht nur bei Unfällen, sondern auch bei unfallfreien Fahrten erfasst werden. Grundlagen für die Erhebung soll eine bei der

heitliche Dachkampagne einzurichten.

Damit technische Lösungen ihr hohes Potenzial zur Vermeidung von Ablenkungsunfällen entfalten können, fordert der Arbeitskreis europäische sowie bundesrechtliche Verordnungsgeber dazu auf, konkrete „Rahmenbedingungen für Fahrzeughersteller, Produzenten von Informations-, Kommunikations- und Unterhaltungsmitteln sowie für Diensteanbieter zu schaffen, um die Möglichkeiten situativer Funktionsunterdrückung zu implementieren“. Es handelt sich unter anderem um die Deaktivierung von manuellen Zieleingaben oder die Sper-



re von Textnachrichten während der Fahrt. Dabei soll eine Rekonstruktion möglicher Verstöße und Manipulationen, zum Beispiel im Rahmen von Ermittlungsmaßnahmen nach einem schweren Verkehrsunfall, technisch sichergestellt werden.

Schließlich appellierte der Arbeitskreis des Gerichtstages an den deutschen Verordnungsgeber, die im Hinblick auf die technische Entwicklung nicht mehr zeitgemäße Vorschrift des Paragraph 23 StVO neu zu fassen. Das bislang auf Mobil- oder Auto-telefone beschränkte Verbot des Geräteaufnehmens oder -haltens während des Fahrens soll künftig an visuelle, manuelle, akustische

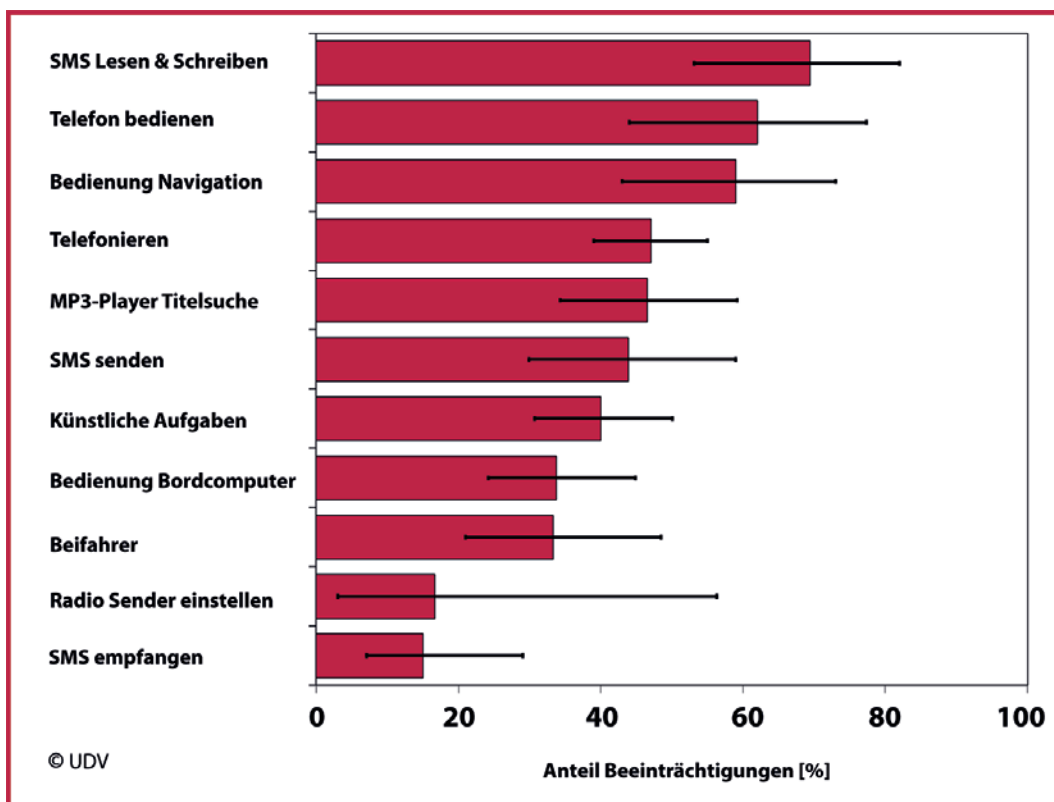
oder mentale Ablenkungen von der Fahraufgabe anknüpfen. Gewünscht wird auch, eine gestaffelte Erhöhung der Geldbuße bei einer Gefährdung sowie bei einer Schädigung vorzusehen.

Nicht zuletzt ermutigt der Arbeitskreis den Verordnungsgeber, bei der Anpassung der Regel eine der schwierigsten, aber lohnenswertesten Verbesserungen nicht aus dem Blick zu verlieren: Die Neufassung des Ablenkungsverbots soll zugleich eine bessere Nachweisbarkeit in der Praxis ermöglichen.

## Resümee

Vor dem Hintergrund greifbarer Widersprüche bei dem Verbot beziehungsweise der Sanktionierung der Benutzung technischer Geräte während der Fahrt und damit einhergehender unterschiedlicher Behandlung vergleichbarer Gefahrenexpositionen hat der Verkehrsgerichtstag eindeutig aufgezeigt, dass eine Weiterentwicklung der bestehenden Gesetzeslage unabdingbar notwendig ist.

Aufgrund der bisher ersichtlich geringen Akzeptanz des Handyverbots begegnen sogar renommierte Experten aus der Verkehrspsychologie wie



Was beim Fahren am meisten ablenkt, wissen die Unfallforscher der Versicherer.

Diagramm: UDV

Jörg Kubitzki der Erwartung einer durchgreifenden Besserung mittels mehr Aufklärung skeptisch. Er sagte: „Zur Prävention sind aus Sicht der Sicherheitsforschung eine Stärkung der Überwachung und verbesserte technische Lösungen zu diskutieren. Die Menschen wissen um die Gefahren der Ablenkung. Aufklärungskampagnen genügen nicht.“ Dennoch besteht offenkundig Bedarf, in der Bevölkerung auf verschiedenen Ebenen das Bewusstsein für Gefahren durch Ablenkungen im Straßenverkehr weiter zu stärken. Eine in der Praxis besser geeignete und damit glaubwürdigere Verbotsnorm als der geltende Paragraph 23 Abs. 1a StVO dürfte dazu einen wesentlichen Beitrag leisten.

Aktuell bedeutsame Themen für die Verkehrssicherheit in einer solchen Vielfalt und Intensität in hochkarätiger Besetzung zu behandeln, stellt – trotz der europaweiten Reputation des Deutschen Verkehrsgerichtstages – in der Geschichte des Treffpunkts deutscher Verkehrsrechtler im Jahr 2015 ein beachtliches wie auch sehr begrüßenswertes Novum dar. Im Mittelpunkt der Expertentagung standen neben Fragen der „Ablenkung durch

moderne Kommunikationstechniken“ vor allem die Themen

- Europäischer Führerscheintourismus
- Automatisiertes Fahren
- Neue Promillegrenzen für Radfahrer?
- Unfallrisiko Landstraße

Wie immer bot sich ein Austausch breitgefächerter interdisziplinärer Erfahrungen, aber diesmal zielte die Verbesserung des Verkehrsrechts in außergewöhnlich großem Maße auf die mit der Rechtsoptimierung einhergehende Erhöhung der Verkehrssicherheit ab. Das ist eine durchaus erwähnenswerte, erfreuliche Entwicklung.

Auf die Umsetzung der für die Verkehrssicherheit wesentlichen Forderungen der Experten des 53. Verkehrsgerichtstages darf man nun gespannt sein.



Der Text in der Originalfassung mit allen Fußnoten ist als Download in der DP-Online-Ausgabe verfügbar.



# Psychologische Aspekte von Senioren im Straßenverkehr

Von Rolf Köthke

**„71-jähriger Autofahrer verursacht schweren Unfall – 84-Jähriger fährt in Gegenverkehr – ein Toter und vier Schwerverletzte“: Zwei Beispiele für Schlagzeilen, wenn Senioren durch ein Fehlverhalten im Straßenverkehr negativ auffallen. Derartige Meldungen haben in der Vergangenheit zu der Fehlannahme verleitet, dass Senioren übermäßig häufig als Hauptverursacher von Verkehrsunfällen in Erscheinung treten. Das mündete wiederum in die Forderung nach verbindlichen ärztlichen Untersuchungen beziehungsweise Führerschein-Checks für über 65-jährige Autofahrer in Deutschland.**

In der verkehrswissenschaftlichen Literatur hat sich die Altersgrenze der über 65-Jährigen durchgesetzt, ab der Menschen als „Senioren im Straßenverkehr“ gelten. Ergänzt wird diese durch eine Zweiteilung in jüngere Senioren (65 bis 74 Jahre) und ältere (75 plus). Im Einzelfall kann diese Grenze allerdings sehr unterschiedlich ausfallen. Für psychologische, medizinische oder ökonomische Aspekte sind auch andere Altersklassifizierungen denkbar. Allgemein bekannt ist, dass zum Beispiel die Sehfähigkeit, die für das Autofahren besonders relevant ist, ab etwa 40 Jahre abnimmt.

Einer der Megatrends dieser Zeit ist die demografische Entwicklung. Deutschland wie die meisten anderen europäischen Staaten ist aufgrund des Rückgangs der Geburtenraten sowie einer verlängerten Lebenserwartung von massiven demografischen Veränderungen betroffen. Hierzulande lag der Anteil der über 65-Jährigen 2013 bei 20,7 Prozent. Prognosen gehen davon aus, dass dieser über 27,5 Prozent (2030) auf 31,5 Prozent im Jahre 2050 steigen wird.

Zunehmende Mobilität ist ein weiterer Megatrend, der Voraussetzung für ein auch im Alter selbstbestimmten Lebens ist. Mobilität ermöglicht soziale Teilhabe und spielt im individuellen wie im gesellschaftlichen Rahmen eine bedeutende Rolle.

Ältere Menschen waren noch nie so mobil wie heute. Sie sind nicht

nur mit öffentlichen Verkehrsmitteln, als Beifahrer oder zu Fuß unterwegs, sondern nutzen zunehmend bis ins hohe Alter auch einen Pkw. Besitz eines Führerscheins beziehungsweise eines Kraftfahrzeuges und deren Verfügbarkeit sind wichtige Einflussgrößen auf die Wahl des Verkehrsmittels.

Von der heutigen Generation der Senioren verfügen schon etwas mehr als zwei Drittel über eine Fahrerlaubnis. Diese Tatsache nahm in den vergangenen 30 Jahren in Deutschland zu; bei den 55- bis 64-jährigen Frauen von 12 auf 73 Prozent und bei den gleichaltrigen Männern von 67 auf 89 Prozent. (Quelle: Mobilität in Deutschland, 2008).

Kurzfristig wird der Führerscheinbesitz der Älteren weiter zunehmen, da die heutige Generation der sogenannten Mittelalten bereits überwiegend im Besitz eines Führerscheins ist (so 90 Prozent in der Gruppe der heute 30 bis 40-Jährigen).

## Vermutungen zu bei Unfällen verletzter und getöteter Senioren

Die Zahlen der in Deutschland im Straßenverkehr verletzten oder getöteten Personen ist rückläufig: 1991 wurden im wiedervereinigten Deutschland rund 505.000 Verletzte gezählt, der Anteil der Senioren lag damals bei 6,3 Prozent. Bei den Ver-




**Der neue COP®-Katalog ab 1. März erhältlich!**

---

**COP® Specials März / April 2015** \*Gültig vom 20.02. - 30.04.15

**1 Under Armour® Tactical T-Shirt Tech Tee**  
 Art.-Nr. UA10056840-Größe (oliv)  
 Art.-Nr. UA10056845-Größe (schwarz)  
 Farben: olivgrün und schwarz  
 Material: 95% Polyester, 5% Elasthan; Größen: S - 3XL  
 Kurzärmeliges, hochfunktionelles Funktionshirt mit HeatGear® Technologie, besonders geeignet für den Einsatz bei warmen Wetter.

**Aktionspreis\*\* € 19,90**  
statt 29,99\*



**LOOSE**

**2 Under Armour® Tactical Valseltz RTS Stiefel**  
 Art.-Nr. UA1250234B-Größe (beige)  
 Art.-Nr. UA1250234-Größe (schwarz)  
 Farben: beige und schwarz  
 Größen: US 8 - 14 (EU 41 - 48,5)  
 Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 428g

**Aktionspreis\*\* € 119,90**  
statt 149,99\*



**LOOSE**

|          |    |     |      |     |    |      |    |      |    |      |      |      |
|----------|----|-----|------|-----|----|------|----|------|----|------|------|------|
| Größe US | 8  | 8.5 | 9    | 9.5 | 10 | 10.5 | 11 | 11.5 | 12 | 12.5 | 13   | 14   |
| Größe EU | 41 | 42  | 42.5 | 43  | 44 | 44.5 | 45 | 45.5 | 46 | 47   | 47.5 | 48.5 |

**3 Einsatzhandschuh COP®CR212 TS**  
 Art.-Nr. 320212TS-Größe  
 Größen: XS - 3XL; Farbe: schwarz  
 Außenmaterial: 100% Ziegenleder  
 Innenmaterial: 100% Polyäthylen  
 Ultradünner Handschuh mit rundum Schnitzzuschutz & Touchscreen-Funktion.

**Aktionspreis\*\* € 49,90**  
statt 69,99\*



**LOOSE**

EN 388 Abriebfestigkeit: Kategorie 3  
 Schnittfestigkeit: Kategorie 5  
 Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4  
 Durchstichfestigkeit: Kategorie 4

Touchscreen-Funktion in der Spitze des Daumens und Zeigefinger.

**NEU** Ab einem Bruttowarenwert von **39,01 EUR** versenden wir in Deutschland und Österreich versandkostenfrei.

**4 Under Armour® T-Shirt Sport-style Logo T**  
 Art.-Nr. UA1248608N-Größe (navy)  
 Art.-Nr. UA1248608S-Größe (schwarz)  
 Material: 55% Baumwolle, 34% Polyester, 11% Elasthan; Farben: navy und schwarz  
 Größen: S - 2XL  
 Kurzärmeliges, hochfunktionelles Shirt mit HeatGear® Technologie.

**Aktionspreis\*\* € 19,90**  
statt 29,99\*



**LOOSE**

**5 Under Armour® Patch Basecap**  
 Art.-Nr. UA1249168-BR (braun)  
 Art.-Nr. UA1249168-S (schwarz)  
 Größe: Einheitsgröße  
 Material: 97% Baumwolle, 3% Elasthan  
 Farben: schwarz und braun  
 Klettflauschfläche: vorne: 9 x 6 cm hinten: 10 x 2 cm.

**Aktionspreis\*\* € 15,90**  
statt 24,99\*



**LOOSE**

**6 Kinn- und Mundschutz COP® 600N**  
 Art.-Nr. 320600N  
 Einheitsgröße  
 Farbe: schwarz  
 Material: Hochverdichtetes Polyethylen  
 Mundschutz wie bei BFE/USK und anderen Polizeieinheiten. Hervorragende Dämpfungs- und Schutzzeigenschaften. Inkl. 2 Stück Kabelbinder.

**Aktionspreis\*\* € 14,90**  
statt 24,99\*



**LOOSE**

Lieferung ohne Dekoration

**7 Einhand-Klappmesser COP® 3000**  
 Art.-Nr. 463000  
 Farbe: satinierte Klinge, Griffstück dunkelgrau  
 Klinge: 8,4 cm  
 Gesamtlänge: 20 cm  
 Gewicht: 90 g; 50/50 Klinge

**Aktionspreis\*\* € 9,90**  
statt 17,99\*



**LOOSE**

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf [www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)

**www.cop-shop.de**

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany  
 Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

\*\*Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Februar bis 30. April 2015 | \*Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. \*\*\*ehemaliger Verkaufspreis



**Dramatische Folgen:** Beim Ausparken tötete ein 88-jähriger Fahrer eine Frau und verletzte zwei ihrer Kinder. Der Mann hatte die 34-Jährige beim Ausparken angefahren, als sie mit ihren beiden Töchtern zu Fuß unterwegs war. Die Frau konnte sich zwar zunächst wieder aufrichten – der Senior setzte aber ein zweites Mal zurück und klemmte sie zwischen seinem Auto und einem parkenden Wagen ein.  
*Foto: tv-bw/dpa*

kehrstoten waren es 11.300, der Anteil der Senioren betrug 16,4 Prozent. 2013 sind diese absoluten Zahlen wiederum

Wohnbevölkerung sowie die Zunahme beim Führerscheinbesitz erklärbar. Gemessen an ihrem Bevölkerungs-

Hochbetagte (80 bis 100 Jahre) die größte Opfergruppe darstellen. Männer sind dabei häufiger unter den Verkehrstoten als Frauen. Das wiederum liegt an der höheren Verweildauer von Männern im Pkw sowie auf dem Fahrrad gegenüber Frauen. Fast die Hälfte (46,4 Prozent) der verunglückten Senioren kam als Insassen eines PKW zu Schaden. Als Radfahrer waren es 27,4 Prozent und als Fußgänger 15,3 Prozent.



*„Habe ich was falsch gemacht?“ ...*

*Foto: Matthias Balk/dpa*

niedriger, allerdings zeigt sich der Anteil der Senioren nunmehr bedeutend höher: Bei den im Straßenverkehr Verletzten (rund 374.000) verdoppelte sich der Seniorenanteil auf 11,6 Prozent, bei den Verkehrstoten (3.339) lag dieser bereits bei 29,9 Prozent, wie das Statistische Bundesamt berichtete.

**D**iese starke Zunahme ist durch den vergrößerten Anteil an der

anteil von 20,7 Prozent sterben Senioren überproportional häufig bei Verkehrsunfällen. Dass ihr Anteil an den Schwer- und Leichtverletzten nicht so hoch ist, liegt an ihrer größeren Verletzbarkeit (Vulnerabilität).

Die Rate der im Verkehr Getöteten pro 100.000 Einwohner stellt deutlich den Anstieg der Sterbewahrscheinlichkeit mit zunehmendem Seniorenalter dar. Die Einjahresstufen zeigen, dass

**B**ei den getöteten Senioren kamen 39,8 Prozent als Pkw-Insassen ums Leben, 30,2 Prozent als Fußgänger und 19,7 Prozent waren mit dem Rad unterwegs. Während zum Beispiel bei den verunglückten Fußgängern unter 65 Jahren nur ein Prozent an den Unfallfolgen starben, waren es 2013 dem Statistischen Bundesamt zufolge bei den über 65-Jährigen schon 4,5 Prozent. Bei den Getöteten waren 61,4 Prozent männlich und 38,6 Prozent weiblich. Die Gründe liegen wohl im unterschiedlichen Verkehrsverhalten von Männern und Frauen. Männer nehmen häufiger am Straßenverkehr teil als Frauen. Dafür neigen Frauen eher zu einem defensiven und vorsichtigen Fahrverhalten.

Neben den Fußgängern stellen die Radfahrer die am meisten gefährdete Gruppe der schwächeren Verkehrsteilnehmer dar. Hier sind es wieder die Ältesten, die als Radfahrer sterben. Von den getöteten Radfahrern jeden Alters gehören bundesweit 54 Prozent zur Gruppe der Senioren. Auffallend ist dabei ein deutlicher Schwerpunkt bei



den Älteren ab 71 Jahren. Dabei sind die Männer wesentlich häufiger Opfer als die Frauen. Diese Ungleichverteilung entspricht jedoch der Fahrradverfügbarkeit: Danach besitzen deutlich mehr ältere Männer ein Fahrrad (66 Prozent der Senioren) als ältere Frauen (44 Prozent).

Zum polizeilich erfassten Fehlverhalten von Senioren als Radfahrer gilt häufig dasselbe wie bei den Auto fahrenden Senioren: Abbiege- und Vorfahrtsfehler stehen hier im Vordergrund; Alkoholgenuss spielt dagegen kaum eine Rolle. Erschwerend kommt sicherlich hinzu, dass die Helmtragequote bei Senioren mit zwölf Prozent sehr niedrig ist.

Typisch für ältere Kraftfahrer sind Unfälle in Kreuzungen und Einmündungen, bei denen sie die Vorfahrt missachteten. Drei Viertel der von älteren Fahrern verursachten Unfälle geschehen an Knotenpunkten. Weitere Gefahrenpotenziale liegen im Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren sowie Ein- und Ausfahren. Dies sind komplexe Situationen, bei denen es auf eine relativ hohe körperliche Beweglichkeit bei gleichzeitig hoher Aufmerksamkeitsleistung ankommt. Während Senioren im Straßenverkehr also als Opfer stark gefährdet sind, stellt sich die Frage nach ihrer (Haupt-) Verursacherschaft von Unfällen.

Festzustellen ist, dass insbesondere die Gruppe der 65- bis 75-jährigen Führerscheininhaber, aber auch die Gruppe der über 75-Jährigen weniger als Hauptverursacher von Pkw-Unfällen mit Personenschaden in Erscheinung tritt als die Gruppe der sogenannten jungen Fahrer (18 bis 25-Jährige). Senioren verunglücken im Straßenverkehr



... „Sie wissen schon, dass Sie gerade ein Stoppschild nicht beachtet und dadurch andere gefährdet haben?“...  
Foto: Matthias Balk/dpa

eher bei Tag (insbesondere zwischen 10 bis 13 Uhr) und innerorts. Auffällig ist, dass Unfälle mit Seniorenbeteiligung vor allem werktags geschehen, also an Tagen, an denen Arzt- und Bankenbesuche oder Einkäufe erledigt werden. Mittwochs passieren auffallend weniger Unfälle mit Beteiligung von Senioren – dann sind viele Arztpraxen und Banken nur bis mittags geöffnet. Sonnabende und Sonntage weisen eine um die Hälfte reduzierte Unfallquote auf. Ältere Männer sind stärker gefährdet als ältere Frauen.

Als Pkw-Insassen sterben Senioren und Mittelalte überwiegend außerorts. Die Senioren sterben jedoch doppelt so oft innerhalb von Ortschaften wie Mittelalte.

## Fahrverhalten und Fahreignung im Alter

Die gängigen Klischees bezüglich Senioren am Steuer, nämlich, dass diese Gruppe der Verkehrsteilnehmer häufig als sogenannte Geisterfahrer unterwegs sind beziehungsweise einen Herzinfarkt am Steuer erleiden, sind nicht mit tragfähigen Daten zu unterlegen.

Falschfahrer: In einer Betrachtung der Schweizerischen Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) über 5 Jahre (2000 bis 2004) existieren lediglich 86 Fälle, die keine verbindlichen Aussagen zum Altersfaktor zulassen.

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen

### Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Zumeist sind es hiernach aber Fahrer im mittleren Erwachsenenalter. Auch die Gruppe der 25 bis 44-Jährigen weist noch mehr Fälle auf als die der Senioren über 75 Jahre.

Einem Bericht der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ von Anfang 2012 zufolge ergab eine Untersuchung des Münchner Innenministeriums über Falschfahrten auf bayerischen Autobahnen im Zeitraum von Anfang 2008 bis September 2011, dass von den 1.308 erfassten Geisterfahrern 39 Prozent älter als 70 Jahre waren. Deutliche jüngere Fahrer bis 25 Jahre wurden dagegen nur zu 11 Prozent als Falschfahrer erkannt. Weitere Erhebungen sind nicht bekannt. Die Daten zu diesem Phänomen sind lückenhaft, da ein Großteil der überhaupt gemeldeten Geisterfahrten ohne Identifikation des Fahrers wieder beendet wird.

**H**erzinfarkt am Steuer: Auch hier fehlen eindeutige statistische Belege. Von 41 im Zeitraum vom September 2007 bis August 2008 berichteten Fällen (Polizeipressemeldungen) von gesichertem oder vermutetem Herzinfarkt von Kfz-Fahrern waren 56 Prozent jünger und nur 44 Prozent älter als 65 Jahre. Die Daten dieser Pilotauswertung können jedoch nicht ohne Betrachtung von Bezugsgrößen wie Bevölkerung oder Fahrleistung relativiert werden. Fazit: Geisterfahrer als auch der Herzinfarkt am Steuer sind unfallstatistisch derart seltene Ereignisse, über deren Eintretens-Wahrscheinlichkeiten keine gesicherten Aussagen über die Altersverteilung zulässig sind.

### Was machen Senioren am häufigsten falsch?

Der allgemeinen internationalen Forschung folgend haben Senioren besonders mit komplexen Verkehrssituationen Probleme, die sie zu schneller Informationsaufnahme beziehungsweise -verarbeitung und zu Entscheidungen als auch Handlungen zwingen. Dazu zählt das Befahren von Knotenpunkten unter hohen Verkehrsstärken oder bei hoher Verkehrsdichte wie auch das Einfädeln in den Fließverkehr bei hohen Geschwindigkeiten.

Bundesweit waren 2013 bei Senioren ab 65 Jahren „Vorfahrtsfehler“ die häufigste Unfallursache bei Pkw-Unfällen mit Personenschaden (17,4 Prozent). Es folgten Abbiegen, Wen-



Foto: privat

**DP-Autor Rolf Köthke ist Dipl.-Psychologe und lehrt unter anderem Psychologie/Gesellschaftswissenschaften im Fachbereich „Polizei – und Sicherheitsmanagement“ der HWR Berlin. Köthke ließ sich zunächst zum Industriekaufmann ausbilden und schloss sein Diplom in Psychologie an der TU Berlin ab. Drei Jahre war er als Referent für Berufliche Bildung bei den Unternehmensverbänden Berlins tätig.**

**Seit 1990 ist er als angestellter Psychologe beim Polizeipräsidenten in Berlin tätig. Von 1991 – mit Unterbrechungen – bis heute wirkt er als Lehrbeauftragter an der HWR Berlin sowie seit 2005 an der FH Pol Brandenburg im Masterstudiengang.**

**Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind Personalmanagement (Auswahlverfahren, Unterricht, Führungsfeedbacks), Verkehrspsychologie und Internationale Polizeimissionen. Zudem gilt er als Experte für Polizeipsychologie (unter anderem Hilfeverhalten) und Psychologische Aspekte bei Großveranstaltungen.**

den, Rückwärtsfahren sowie Ein- und Anfahren mit 16,7 Prozent. Dagegen spielten Abstandsfehler, falsches Verhalten gegenüber Fußgängern, nicht angepasste Geschwindigkeit, falsche Straßenbenutzung, Fehler beim Überholen sowie Alkoholeinfluss nur eine geringe Rolle (Statistisches Bundesamt). Diese Unfallursachen deuten somit auf altersbedingte Einschränkungen der Wahrnehmungsfähigkeit hin und nicht auf leichtsinniges Verhalten. Senioren im Straßenverkehr kann man somit zumindest in Bezug auf Geschwindigkeitsverhalten und

Alkoholkonsum eine hohe Regeltreue zuschreiben.

### Psycho-physiologische beziehungsweise motorische Einschränkungen bei älteren Menschen

Mit zunehmendem Alter sind auf verschiedenen Ebenen der Wahrnehmungsfähigkeit, der Motorik, aber auch der Kritikfähigkeit folgende Einschränkungen zu beobachten:

#### • Nachlassen des Sehvermögens:

Bei Dämmerung und Dunkelheit; Fern-/Nahtagessehschärfe, Sehen bewegter Objekte (Dynamische Sehschärfe); Akkomodationsfähigkeit (nah/fern), Adaptionsfähigkeit (hell/dunkel; nach Blendung und bei Lichtstreuung); Einengung des Gesichtsfeldes beziehungsweise Einschränkung des peripheren Sehens. Dies ist meist ein schleichender Prozess, der unzureichend bewusst ist.

#### • Verringerte Fähigkeit zu Mehrfachfähigkeit und zu selektiver und geteilter Aufmerksamkeit

Leichtere Ablenkbarkeit, mangelndes Ausblenden von irrelevanten Informationen. Allgemeine Verlangsamung der Informationsverarbeitung, besonders unter Zeitdruck, dies erhöht die Wahrscheinlichkeit für Fehler; Schwierigkeiten bei der Bewältigung komplexer Anforderungen sowie beim Erfassen neuer und ungewohnter Situationen.

#### • Nachlassen der Hörleistung

Schlechtere Wahrnehmung, Unterscheidung und Ortung akustischer Signale.

#### • Nachlassen der körperlichen Beweglichkeit und der Gelenkigkeit von Armen und Beinen

Verringerte Belastbarkeit; besondere Relevanz für Fußgänger und Radfahrer, zum Teil auch für Nutzer des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Schnellere Ermüdbarkeit und langsamere Fähigkeit zur Erholung.

#### • Diskrepanz zwischen Selbstbild und Fremdbild älterer Kraftfahrer

Ein negatives, gesellschaftliches Altersstereotyp steht im Widerspruch zu einem positiven Selbstbild. Altersveränderungen werden ungern





wahrgenommen, ein Hinweis darauf wird zum Teil als Kränkung empfunden. Wenig selbstkritischer Umgang mit den eigenen Fahrfähigkeiten.

### • Häufigere Erkrankungen und vermehrter Medikamentengebrauch

Blutdrucksenkende Präparate sind gefährlich, da ein absackender Blutdruck zu Schwindelanfällen führen kann. Auch Präparate zur Behandlung von Diabetes können die Fahrtüchtigkeit stark beeinträchtigen.

### • Verminderte Flexibilität und Sicherheit der Sensomotorik

### • Aufmerksamkeitseinengung sowie Erschwerung von Anpassungs-, Umstellungs- und Entscheidungsprozessen

Diese Einschränkungen sind jedoch nicht bei allen Senioren zu beobachten, sondern intra- und interindividuell höchst verschieden. Ähnlich gut und ähnlich schnell wie Jüngere können zumeist gesunde Ältere gut gelernte und häufig ausgeführte Aufgaben sowie stark automatisierte Handlungen ausführen.

### Was können Senioren tun?

Zum Ausgleich von altersbedingten Defiziten bieten sich für Senioren im Straßenverkehr folgende Kompensationsmöglichkeiten an:

Senioren selektieren bestimmte Zeiten, Strecken oder Umstände der Verkehrsteilnahme und nehmen ereignisbezogene Einschränkungen vor wie keine Fahrten im Berufsverkehr, zu Ferienbeginn oder -ende, bei Glatteis oder bei Dunkelheit.

Sie können gezielt Kraftfahrzeugausstattungen optimieren – größere Griffe, Schalter, Tastaturen, übersichtlichere Armaturen – oder durch Teilnahme an Programmen für ältere Kraftfahrer oder Fußgänger trainieren.

Ältere Fußgänger und Radfahrer sollten häufiger hellere Kleidung und/oder Reflektoren tragen, um für Andere besser sichtbar zu sein.

Auch die Routenvorbereitung auf nicht vertraute Strecken zählt hierzu. Gefährliche Baustellen und zu erwartende Staus mit entsprechendem Stop-and-Go-Verkehr stellen Erschwernisse dar, auf die man sich zumindest mental einstellen kann beziehungsweise die durch Routenänderungen weitgehend vermeidbar sind. Einer Studie der EU-Kommission zufolge zeigen gerade über 75-jährige Senioren hier Nachholbedarf.

Schließlich können sie technische Hilfen oder soziale Unterstützung zur Erreichung der eigenen Ziele nutzen. Der Verlust an Muskelkraft zum Beispiel kann über weite Bereiche mit Hilfe von Bremskraftverstärkern, Servolenkung und Automatikgetriebe kompensiert werden.

### Aufgaben der Polizei und/oder der Verkehrsunternehmen

Aufgrund des bereits beschriebenen demografischen Wandels wird sich die Unfallbelastung zuungunsten der Gruppe der Senioren verschieben, mit Auswirkung auf die Getöteten- und Verletztzahlen, die aufgrund der höheren Vulnerabilität der Älteren langfristig steigen werden.

Somit ist auch die Polizei mit ihrer Verkehrssicherheitsarbeit gefordert, entsprechend auf diese größer werdende Zielgruppe zu reagieren. Hauptzielgruppe von Aufklärungskampagnen sollten aus den dargestellten Gründen Fußgänger und Radfahrer sein. Bei den Radfahrern geht es um die Notwendigkeit eines Fahrradhelms. Nach Ansicht der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie könnten durch das Tragen eines geeigneten Fahrradhelms rund 90 Prozent aller Schädel- beziehungsweise bis zu rund 65 Prozent aller Gesichtsverletzungen verhindert werden.

Die Anzahl der anlässlich von Verkehrssicherheitsberatungen der Berliner Polizei angesprochenen Senioren ist nach einem starken Rückgang im Jahre 2010 im Zeitraum von 2011 bis 2013 wieder deutlich gestiegen, auf zuletzt rund 14.000 (Der Polizeipräsident in Berlin; Eckzahlen der Verkehrsstatistik, 2013). Als Methodik bietet sich eine altersgruppenspezifische Ansprache der

Anzeige

## NEU UND BESSER. Unser Dachausstieg

# KASITECH® MFE – Multi Functional Escape



- neues Design
- vereinfachte Handhabung
- extrem flache Bauweise
- variabler Öffnungswinkel
- Sonnen- und Sichtschutz
- drei Größen lieferbar
- geprüft nach aktueller TRL



KRD Engineering & Service GmbH

Vierlander Straße 2 · 21502 Geesthacht

Telefon +49 4152 8086-0 · Telefax +49 4152 8086-18 · [www.kasiglas.de](http://www.kasiglas.de)

  
**KASITECH®**  
Lösungen mit System

Senioren an, die sinnvollerweise durch den Einsatz beispielsweise von Videos zum Thema Fahrradhelm oder helle Kleidung unterstützt werden sollte.

Bei der Beratung und Aufklärung durch die Polizei sollten auch regelmäßige Sehtests und eine augenärztliche Betreuung empfohlen werden sowie die Messung des Blutdrucks. So bietet der TÜV Nord eine einstündige Überprüfung der Wahrnehmungs- und Reaktionsfähigkeit beziehungsweise der Gefährdung durch Ablenkung durch Andere im Straßenverkehr spezi-

Zur Verkehrssicherheitsarbeit kann auch gehören, Senioren auf die Möglichkeiten von Mitfahrgelegenheiten hinzuweisen. Insbesondere in ländlichen Regionen mit einem stark ausgedünnten ÖPNV ist dies sehr nützlich zur Erhaltung der Mobilität. Der öffentliche Verkehr ist die sicherste Mobilitätsform – nicht nur im Alter. Das Todesrisiko im Pkw ist 10- bis 20-mal höher als in Bussen und Bahnen. Leider ist es offensichtlich zu wenig bekannt, dass öffentliche Verkehrsmittel (auch für ältere Menschen) die höchste Verkehrssicherheit aufweisen. Die Berichte über

maten sowie einer ausreichenden Verfügbarkeit von (sauberen) Toiletten auf Bahnhöfen könnten Senioren verstärkt als ÖPNV-Nutzer gewonnen werden. Insbesondere der letzte Punkt stellt gerade für Senioren eine Einschränkung von Mobilität dar.

### Technische Kompensation

Auch die Autoindustrie ist gefordert, auf den demografischen Wandel und den zunehmenden Anteil von Senioren unter den Kraftfahrern zu reagieren. Ein Beispiel ist ein speziell für diese Zielgruppe entwickeltes und stark nachgefragtes Volkswagen-Modell der Mittelklasse, das über eine um neun Zentimeter größere Einstiegshöhe verfügt. Ferner bietet der Wagen mit der Multifunktions-Anzeige „Plus“ übersichtlichere Armaturen (große Schrift; rote Zeiger auf weißem Grund; Digitalanzeige der Geschwindigkeit) und eine variable Kofferraum-Ladefläche, die ein leichteres Beladen des Kofferraumes ermöglicht.

Einschränkungen in der Beweglichkeit von Senioren machen sich bereits beim Ein- und Aussteigen bemerkbar. Ein leichter Zugang kann vor allem durch große Türöffnungen (große Türwinkel oder Schiebetüren) und eine hohe Dachlinie ermöglicht werden. Wünschenswert wären zudem ein flacher Wagenboden (ohne Türschwellen), eine erhöhte Sitzposition (optimal: 70 Zentimeter über Straßenniveau) und schwenkbare Sitze.



**Verkehrsmittel der Zukunft: die Straße als Raum der Begegnung für alle Verkehrsteilnehmer.** Foto: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt/Büro Breimann & Bruun

ell für Senioren („Mobil Check“) an. Mit 149,80 Euro (Stand August 2014) ist die Gebühr dafür allerdings recht hoch und dürfte daher eher abschreckend wirken.

In Brandenburg werden landesweit Aktionstage „Senioren im Straßenverkehr“ unter Beteiligung von Verkehrswacht, Apothekern sowie der Polizei durchgeführt. Die Angebote reichen von kostenlosen Seh- und Hörtests bis zu Beratungen über die Wirkungen von Medikamenten. Letzteres ist besonders wichtig, da der Medikamentenkonsum von Senioren besonders hoch, aber eben nicht unproblematisch ist. Begleitet wird die Kampagne von Verkehrskontrollen unter dem Motto „Generation 65 plus – sicher mobil im Alter“. (Polizeipräsidium des Landes Brandenburg, Stabsbereich Prävention, 2014)

und die damit verbundene Angst vor Belästigung und Kriminalität überlagert die objektive Verkehrssicherheitslage beim ÖPNV.

Die bei Senioren nicht sonderlich ausgeprägte Akzeptanz von öffentlichen Verkehrsmitteln erscheint ausbaufähig. Durch eine angemessene Tarifpolitik (das „Abo 65 +“ des Verkehrsverbundes Berlin/Brandenburg kostet derzeit monatlich knapp 50 Euro) können die Verkehrsbetriebe für (mehr) Akzeptanz bei einer größer werdenden potenziellen Zielgruppe sorgen. Grundlage dafür ist allerdings ein gutes Angebot, das insbesondere in ländlichen Regionen kaum eine Alternative zum Auto darstellt. Aber auch mit einer höheren Bedienerfreundlichkeit der Ticketauto-

Problematisch ist das Angurten. So fällt vielen älteren Menschen das Greifen nach dem Gurt und das Einstecken und Herausziehen der Gurtzunge schwer. Auch in diesem Punkt ist noch Verbesserungspotenzial vorhanden. Bedienelemente sollten nicht nur deutlich erkennbar sein, sondern auch gut erreichbar und nicht zu dicht nebeneinander platziert. Leider ist die Größe der Bedienelemente für ältere Personen oft nicht adäquat. Getönte Fenster-scheiben hingegen gehören nicht zu einer seniorengerechten Ausstattung. Die zunehmende Ausrüstung der Fahrzeuge mit Fahrerassistenzsystemen ist ebenfalls als sinnvolle Maßnahme anzusehen, die das Situationsbewusstsein der Fahrer verbessert und Angstgefühle reduziert. Fahrerassistenzsysteme können allerdings auch die mentale Beanspruchung und die Ablenkung erhöhen. Ihr Einsatz darf nicht zu ei-



ner sensomotorischen Überforderung der älter werdenden Generation der Autofahrer führen. Dass die Benutzung von Assistenzsystemen manchmal auch kontraproduktiv sein kann, zeigt ein Bericht der „Berliner Morgenpost“ von Anfang 2013 über eine 67-jährige Belgierin, die lediglich einen Freund vom nur eine Autostunde entfernten Nordbahnhof in Brüssel abholen wollte. Ihr Navigationsgerät schickte sie allerdings auf eine Irrfahrt über 1.400 Kilometer bis ins kroatische Zagreb ...

### Neue rechtliche Regelungen?

Ob psychologische Leistungsfunktionen in verkehrgefährdender Weise beeinträchtigt sind, darf nach geltendem Recht in Deutschland – geht es um die Fahrerlaubnis des Einzelnen – nur am Einzelfall geprüft und nicht mit Verweis auf experimentelle Gruppenergebnisse entschieden werden. Dies verbieten die hohen intra- und interindividuellen Schwankungen der Leistungen – in allen Altersgruppen. Seitens der psychologischen Leistungsvoraussetzungen zum Führen eines Kraftfahrzeuges (wie Reaktions- und Aufmerksamkeitsleistungen oder Wahrnehmungsfunktionen) sind unfallgeneigte Defizite mit höherer Wahrscheinlichkeit möglich, aber nicht zwingend. Senioren zeichnen sich durch vielfältiges Kompensationsverhalten aus, das nachweislich zu einem gerin-

geren Unfallgeschehen wie Nachunfällen führt.

Dies ist einer der Hauptgründe dafür, dass der Gesetzgeber bisher keine Notwendigkeit sieht, das Fahrerlaubniswesen in Bezug auf Senioren zu verschärfen, zum Beispiel durch eine Befristung der Fahrerlaubnis oder durch anlassfreie Untersuchungen wie „Zwangstests“. In anderen Ländern, so in der Schweiz, den USA, in Finnland, Norwegen oder Schweden, sind regelmäßige Untersuchungen dagegen vorgeschrieben. Nach Ansicht der Mehrheit der hiesigen Experten ist eine individuelle und anlassbezogene verkehrsmedizinische und -psychologische Fachberatung beziehungsweise freiwillige Untersuchung zielführender.

### Verkehrsraum seniorengerechter gestalten

Um Senioren weiterhin Mobilität beziehungsweise die Teilnahme am Straßenverkehr zu gewährleisten, ist außerdem eine seniorengerechte Gestaltung des gesamten Verkehrsraumes nötig. Folgende Maßnahmen sind dafür sinnvoll:

- **Einrichtung von Tempo-30- oder sogar -20-Zonen**
- **Verlängerung der Räumzeiten von Lichtsignalanlagen (0,6 bis 0,8 Meter/Sekunde)**
- **Absenken von Borden an Überquerungsstellen**

- **Zusätzlicher Bau von Gehwegnasen, Mittellinien beziehungsweise Querungshilfen**
- **Beseitigung von legalisiertem und Verfolgung von illegalem Gehwegparken**
- **Vermeidung umständlicher Umsteigegelege im öffentlichen Personennahverkehr**
- **Ausstattung von Bahnhöfen mit behindertengerechten Aufzügen und Zugängen**
- **Einrichtung bzw. Verbesserung von Orientierungshilfen im öffentlichen Raum (Wege-Leit-Systeme)**

Ein Beispiel für verkehrsberuhigte Straßen sind sogenannte Begegnungszonen, die einem Modellversuch in den Niederlanden und der Schweiz folgend nun auch in der Maaßenstraße im Berlin-Schöneberg erprobt werden sollen. In der Begegnungszone werden die Radwege neben den Gehwegen entfernt, die Radfahrer werden sich die 5,50 Meter breite Straße mit den Autos teilen. Für diese gilt künftig eine Höchstgeschwindigkeit von 20 Kilometer pro Stunde. Die Fahrbahn wird an mehreren Stellen verschwenkt und mit Aufpflasterungen versehen. So soll Raserei erschwert werden. Bordsteine werden abgesenkt und Querungen sollen den Passanten das Überqueren erleichtern. Diese straßenbautechnischen Maßnahmen kommen auch den Senioren zugute.

Anzeige



## Der Sommer kommt mit Sicherheit!



### WX Valor



**UVP: 89,99 €**

Glas: rauchgrau  
Rahmenfarbe: mattschwarz  
Material: Triloid Nylon  
EN-Norm: EN .166 S  
US Norm: Ansi HVP  
Mil-Spec: Ballistic

**Auch mit Sehstärke erhältlich!**



Cooler Design  
Der Ultimative Augenschutz  
Verschiedene Glasfarben erhältlich  
Polarisierende Gläser verfügbar  
Überragende ballistische Belastbarkeit  
Erfüllt militärische Sicherheitsstandards  
Art. Nr.: WXCHVAL1

Weitere Wiley-X Modelle finden Sie auf unserer Homepage



**COP**  
www.cop-shop.de



# Neue Entwicklungen im maritimen Umweltschutzrecht

**Der billigste Kraftstoff in der Schifffahrt ist Schweröl. Schweröl ist ein besonders zähflüssiges, hoch viskoses und fast schwarzes Öl, das in Raffinerien aus Erdöl erzeugt wird. Zum größeren Teil wird hierfür Rückstandöl verwendet, das heißt: der Anteil, der bei der Destillation nicht verdampft wurde. Es enthält unter anderem diverse Stickstoff- und Schwefelverbindungen, der Schwefelgehalt beträgt meist mehrere Prozent des Gewichts und führt zu hohen Schwefeldioxid-Emissionen bei der Verbrennung.**

Gerade bei Schiffen erfolgt bisher in aller Regel keine Entschwefelung der Abgase, sodass hohe Umweltbelastungen resultieren. Ab Januar 2015 ist in Schwefelemissionskontrollgebieten (SECAs) nur noch ein maximaler Schwefelgehalt von 0,1 Prozent im Schiffstreibstoff zulässig. Nord- und Ostsee sowie bestimmte Teile der nordamerikanischen Küste gehören zu diesen Gebieten. Für alle europäischen Häfen gilt dieser Grenzwert bereits seit 2010. 0,1 Prozent Schwefelgehalt klingt wenig, ist aber immer noch um ein Vielfaches höher als der Dieselkraftstoff an der Tankstelle an Land mit 0,001 Prozent Schwefelgehalt.

Ohne hier zu sehr in technische Abläufe einzusteigen, scheint es wohl nachvollziehbar, dass Waschwasser, mit dem die Abgase gereinigt werden,

**Deshalb lautet die Empfehlung des Verkehrsgerichtstages:**

Es muss sichergestellt werden, dass die Einhaltung der Grenzwerte sowohl in den Häfen als auch auf See effizient überwacht wird. Wenn Abgasreinigungssysteme (Scrubber) an Bord von Schiffen eingesetzt werden, sollten künftig Systeme verwendet werden, die die Gewässer nicht mit schadstoffhaltigen Rückständen belasten.

Alles Müll (oder was?)

Küsten- und Meeresumwelt sowie Wasserorganismen werden durch etwa zehn Millionen Tonnen Müll, hauptsächlich Kunststoffabfälle, geschädigt, die jährlich in den Ozeanen und Meeren



**Unverfälschte Natur in Urlaubsparadiesen ist eine Frage der Perspektive. Die kann hier und da kann schön vernebelt sein.**  
Foto: Hinrich Bäsemann/dpa



**Jährlich rund zehn Millionen Tonnen Abfall: Angeschwemmter Plastikmüll an einem kroatischen Kiesstrand. Foto: Rolf Haid/dpa**

Diese Entwicklung in der Schifffahrt, für die Umwelt erfreulich und absolut notwendig, stellt für die Reedereien eine wirtschaftliche Herausforderung dar. Kraftstoffe mit vornherein niedrigem Schwefelgehalt sind bis zu 50 Prozent teurer. Als technische Alternative gibt es Abgasnachbehandlungsanlagen, sogenannte Scrubber, die je nach System aber auch mit Nachteilen behaftet sind.

selbst die Schadstoffe aufnimmt. Das ist nicht anders als der Abwasch in der heimatischen Küche. An Bord muss das Waschwasser technisch und/oder chemisch behandelt werden. Sofern Waschwasser anschließend in das Meer eingeleitet wird, erfüllen diese in der Regel geforderte Grenzwerte, kumulative Effekte sind aber bisher noch nicht Gegenstand einer Umweltstudie gewesen. Auf den Punkt gebracht, Abgasnachbehandlung ist technisch anspruchsvoll und ebenfalls teuer.

Da außerhalb der Schwefelemissionskontrollgebiete wesentlich höhere Schwefelgrenzwerte gelten, die eine aufwendige Behandlung nicht erforderlich machen, darf es dann auch nicht verwundern, wenn findige Schiffsbesatzungen ihr Schiff auf der Reise möglichst lange mit dem billigen und hochschwefelhaltigen Treibstoff fahren und erst im letzten Moment auf schwefelarmen Kraftstoff umstellen, damit im Hafen gerade noch die geforderten Werte erreicht werden.

landen und diese zur weltweit größten Mülldeponie für Kunststoff machen. Die Größe der Müllteppiche im Atlantik und im Pazifik wird auf etwa 100 Megatonnen geschätzt, etwa 80 Prozent davon ist Kunststoff. Meereslebewesen leiden unter den Kunststoffstücken, da sie sich in ihnen verfangen oder sie aufnehmen. Herumtreibende Fanggeräte aus Kunststoff, sogenannte Geisternetze, verursachen hohe wirtschaftliche Kosten und erhebliche Umweltschäden. Invasive Arten nutzen die Kunststoffteile, um in den Ozeanen weite Strecken zurückzulegen. Die meisten Kunststoffteile lagern sich nach dem „Grünbuch“ der Europäischen Kommission zu einer europäischen Strategie für Kunststoffabfälle in der Umwelt vom Frühjahr 2013 schließlich auf dem Meeresgrund ab.

Einige Kunststoffe werden durch die Lichteinwirkung und Freisetzung der enthaltenen Weichmacher spröde und brechen auseinander; so entstehen unter anderem drei bis fünf Millimeter große sogenannte Pellets, die von Meerestieren mit Plankton verwechselt und



aufgenommen werden. Oft ist Plastikmüll so klein, dass man ihn nur unter dem Mikroskop erkennen kann. Aus dem Meer breitet sich das sogenannte Mikroplastik über die Nahrungskette und durch die Luft bis zum Menschen aus.

Müll kann weite Wege aus dem Inland zurücklegen, bevor dieser über Winde, Flüsse und Kanäle an die Küsten und ins Meer gelangt. Global betrachtet stammen 80 Prozent der Einträge aus landseitigen Quellen. Was nach einer Flut am Strand angespült wurde, ist nur ein Bruchteil dessen, was tatsächlich in den Meeren schwimmt. Sammelaktionen weisen zwar auf das Problem hin, helfen aber nicht wirklich weiter.

Laut der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA), zuständig für zahlreiche Sicherheitsfragen des maritimen Transports, fallen zum Beispiel auf einem Stückgutfrachter Tag für Tag ladungsbedingte Abfälle von bis zu 49 Kilogramm an, dazu bis zu drei Kilogramm pro Besatzungsmitglied. So kommen schnell bis zu 100 Kilogramm fester Müll pro Tag zusammen, die nur zu oft illegal über Bord gehen oder unter Freisetzung von schädlichen Rauchgasen verbrannt werden.

**Der Verkehrsgerichtstag kam hier zu folgender Empfehlung:**

**Auch wenn die illegale Einleitung von Schiffsmüll nur einen geringeren Anteil hat, ist ein effektives System der Müllvermeidung und des Abfallmanagements geboten. Um die Kontrollmöglichkeiten zum Verbleib des Schiffsmülls zu verbessern, sollte die Müllverbrennung an Bord auf Ausnahmen beschränkt sein. Die Kosten für die Entsorgung sollten generell in die Hafengebühren eingerechnet werden.**

Dass so etwas funktionieren kann, zeigt der Ostseeraum, wo die meisten Häfen einer Empfehlung der zwischenstaatlichen Helcom-Kommission aus dem Jahr 2007 folgen und nicht für die Müllentsorgung kassieren: Die Schiffe zahlen den Betrag mit der Liegegebühr, auch wenn sie keinen Abfall abgeben. Illegale Einleitungen in die Ostsee haben spürbar abgenommen.

Während der zweitägigen Diskussion war als durchgängiger Tenor vernehmbar, dass es nicht neuer, sondern international harmonisierter Regelungen bedarf, deren Einhaltung zum Schutz der Meeresumwelt eine effektive Kontrolle erfordert.

**Burkhard Klär**

## „Tabuloses“ Umdenken beim Schutz der inneren Sicherheit notwendig

**Ende Juni treffen sich in Mainz die Innenminister und -senatoren zu ihrer traditionellen Frühjahrskonferenz (IMK). Auch in diesem Jahr dürfte bei den Ressortchefs der Länder und des Bundes angesichts drängender Themen keine Langeweile, hoffentlich jedoch große Entscheidungsfreude aufkommen. Da die Einschätzung des GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow nach dem Polizeieinsatz in Bremen Ende Februar, Deutschland befinde sich in konkreter und nicht mehr abstrakter Terrorgefahr, aus den Reihen der Politik unwidersprochen blieb, ist jedenfalls die Debatte um eine spürbare Stärkung der Polizei wieder in Gang geraten. Doch auch in anderen Bereichen klaffen offenbar Lücken und wird nach wie vor großer Handlungsbedarf deutlich: Bei einem Gespräch in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle Anfang März forderten der rheinland-pfälzische Innenminister und diesjährige IMK-Vorsitzende Roger Lewentz und der Gewerkschaftschef ein „tabuloses“ Umdenken beim Schutz der inneren Sicherheit.**

Minister wie Gewerkschafter mochten, dass jetzt nicht die Zeit parteipolitisch geprägter Debatten in den Parlamenten sei, während hierzulande

umgehend eine bundesweite Einstellungs-, Qualitäts- und Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst, bekräftigten beide. Dazu zählten auch



**Themen dringend anpacken: Roger Lewentz (l.), rheinland-pfälzischer Innenminister, ist in diesem Jahr Vorsitzender der Innenministerkonferenz (IMK). Anfang März sprach er mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow.**  
Foto: Zielasko

das Risiko eines regionalen Dschihad, wie von Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen auf dem 18. Europäischen Polizeikongress im Februar in Berlin nachdrücklich festgestellt wurde, immer stärker zunehme. (Hinweis der Redaktion: siehe Bericht auf Seite 21)

Lewentz und Malchow mahnten an, Polizei- und Sicherheitsbehörden angesichts der dauerhaft angespannten Lage und hohen Belastungen künftig besser aufzustellen. Erforderlich sei dazu

eine bessere technische Ausrüstung sowie zusätzliches Fachpersonal, vor allem für den virtuellen Raum. Notwendig sei weiterhin eine umfassende, transparente und rechtsstaatskonforme Informationsgewinnung.

### **Wann kommt die Vorratsdatenspeicherung?**

Kurz nach dem Meinungsaustausch



mit dem GdP-Vorsitzenden sprach sich der rheinland-pfälzische Innenminister in der Tageszeitung „Die Welt“ für eine Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsdaten aus. „Eine Speicherung für mindestens drei Monate scheint mir angemessen“, sagte Sozialdemokrat Lewentz, schränkte jedoch ein, dass die Debatte über die Speicherung „in den Leitplanken geführt werden“, die das Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof dem deutschen Gesetzgeber gegeben hätten. Er werde in seiner Ansicht von den SPD-Länderinnenministern unterstützt, verriet Lewentz dem Blatt. Weiterhin starke Vorbehalte scheint es unterdessen bei seinem Parteifreund, Bundesjustizminister Heiko Maas, zu geben.

Nachdem das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtet hatte, Maas und Bundesinnenminister Thomas de Maizière handelten einen Kompromiss und damit einen nationalen Alleingang innerhalb der Europäischen Union (EU) zur Vorratsdatenspeicherung aus, dementierte der Justizminister umgehend. „Nichts Neues“ gebe es in dieser Frage, sagte der Saarländer der „Süddeutschen Zeitung“. Die seit einem Jahr laufenden Verhandlungen mit de Maizière seien noch immer ohne Ergebnis. Mitte März dann eine erneute Wendung der Debatte: Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hatte sich im Deutschlandfunk klar für eine rechtskonforme Regelung zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen. „Ich bin der Überzeugung, wir brauchen das, ich weiß aber, dass das hochumstritten ist.“ Und: „Wir erleben doch gerade, dass die Welt ziemlich gefährlich geworden ist. Und ich glaube, dass wir auch in dem verfassungsrechtlich vertretbaren Umfang technisch in der Lage sein müssen, darauf zu reagieren.“ Nun sieht die „Berliner Zeitung“ die SPD „auf Schlingerkurs“. Beleg dafür mögen die Äußerungen von SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi sein, die ein paar Tage vor Gabriels Vorstoß auf deutliche Distanz zur Vorratsdatenspeicherung ging. Ebenfalls im Deutschlandfunk zeigte sie sich zwar weiter skeptisch, konnte sich eine Wiedereinführung unter strikten Vorgaben jedoch zumindest vorstellen.

### Breite Themenpalette besprochen

In dem rund einstündigen Gespräch

in der GdP-Bundesgeschäftsstelle rissen der IMK- und der GdP-Vorsitzende eine breite Themenpalette an. Dringend anpacken müsse man nach Auffassung von Lewentz und Malchow die Intensivierung der Gefahrenabwehr und der Kriminalitätsbekämpfung, so

beim Wohnungseinbruch. Im Gespräch wolle man nicht zuletzt wegen der künftigen Entwicklung der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) sowie der technischen Bereitstellung der für die Polizei wichtigen Digitalfunk-Breitband-Frequenzen bleiben. **mzo**

## Langfristig Hochschulniveau bei Ausbildung von Führungskräften sichern

**Zu einem ersten Meinungsaustausch trafen sich der Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol), Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange, und der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, Anfang März in der GdP-Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Neben einem besseren Kennenlernen stand vor allem die künftige Ausrichtung der im nordrhein-westfälischen Münster beheimateten Ausbildungsstätte deutscher Polizeiführungskräfte im Vordergrund. Lange bekräftigte seine Absicht, die akademischen Bedingungen des Wissenschaftsrates zu erfüllen und damit den Hochschulstatus der DHPol nachhaltig zu sichern.**

Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung. Zudem gibt das Gremium Empfehlungen und Stellungnahmen in erster Linie zu wissenschaftlichen Institutionen wie Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ab, insbesondere zu Struktur und Leistungsfähigkeit, Entwicklung und Finanzierung.

Malchow versicherte dem DHPol-Präsidenten die Unterstützung seiner Organisation. Schon zu Zeiten der zuvor seit Jahrzehnten bestehenden Polizei-Führungsakademie (PFA) habe man gemeinsam den Weg beschritten, auf lange Sicht an einem zentralen Ort, Führungskräfte auf Hochschulniveau auszubilden. Daran sei auch nicht zu rütteln, betonten



**DHPol-Präsident Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange (l.) im Gespräch mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow.**

Foto: Zielasko

beide. Lange, gebürtiger Bochumer und promovierter Sozialwissenschaftler, führt die DHPol seit Juli 2014 an. Er bot Malchow und der GdP eine enge Zusammenarbeit und Unterstützung durch wissenschaftliche Expertise an. Der GdP-Bundesvorsitzende regte an, den Austausch zu intensivieren.

**mzo**



# „Eine Rundumbeobachtung ist kaum möglich“ – Sicherheitsexperten beraten in Berlin

**Die Sicherheitslage in Deutschland ist angespannt: Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes sehen die Terrororganisation „Islamistischer Staat“ (IS) und ähnliche Gruppierungen die Bundesrepublik sowohl als Feind als auch als Rekrutierungsgebiet. „Wir müssen davon ausgehen, dass auch wir Ziel von terroristischen Anschlägen werden, und wir müssen uns darauf einstellen“, betonte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen, auf dem zweitägigen Europäischen Polizeikongress Ende Februar in Berlin, bei dem die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wie in den Jahren zuvor mit einem gut besuchten Kongressstand vertreten war. Eine konkrete Bedrohung gibt es Maaßen zufolge zwar nicht. Aber die Bundesrepublik befinde sich nicht auf einer Insel der Sicherheit, sagte er vor den Hunderten von Sicherheitsexperten aus mehr als 50 Ländern.**

Maaßen warnte, Organisationen wie der IS verfolgten das Ziel, den Westen mit Attentaten zu destabilisieren. Sorgenvoll beobachte er vor allem die Menschen, „die Konflikte mit nach Deutschland nehmen und hier ausstrahlen“. So gäbe es hierzulande inzwischen rund 7.000 Salafisten. Sie seien ein „Nährboden“ für radikale Dschihadisten und Terroristen. Damit wachse die Gefahr, dass junge Leute in Deutschland und Europa „Anschläge begehen könnten“.

Bislang sind den Angaben zufolge von den 600 vorwiegend jungen Menschen, die als Gotteskrieger nach Syrien und in den Irak gereist sind, rund 200 wieder in die Bundesrepublik zurückgekehrt. Maaßen sagte, etwa 70 von ihnen stünden im Verdacht, im Kriegsgebiet schwere Straftaten begangen zu haben. Sie seien in der Regel so brutalisiert, dass sie nicht vor Anschlägen zurückschreckten. Der BfV-Präsident räumte jedoch ein, dass die Behörden bei einem Großteil der Betroffenen nicht wüssten, was diese im Konfliktgebiet getan hätten. Maaßen: „Eine Rundumbeobachtung ist kaum möglich.“

Er appellierte an die gesamtgesellschaftliche Verantwortung beim Umgang mit möglichen Gewalttätern. Neben seiner Behörde und anderen Sicherheitsdiensten sieht der Verfassungsschutz-Chef Jugendeinrichtungen, aber auch Justizvollzugsanstalten in der Pflicht. Maaßen erinnerte

daran, dass sich der Attentäter von Kopenhagen im Gefängnis radikalisiert habe.

### Warnung vor „Buschbränden“

Maaßen erklärte, die IS-Miliz sei eine weit größere Bedrohung für Deutschland als das ursprüngliche Al-Kaida-Netzwerk. Jeder Anschlag sei für die Gruppen eine Werbung zur Rekrutierung von Anhängern. IS und Al-Kaida ständen nicht zuletzt in einem Konkurrenzverhältnis und wollten durch öffentlichkeitswirksame Anschläge wahrgenommen werden.

Die Bundesrepublik sei durch den IS und die Destabilisierung mehrerer Staaten in Nahost und Nordafrika in konkreter Gefahr. Man stelle fest, „dass es immer mehr Buschfeuer gibt“, sagte er und nannte die Länder Syrien, Irak, Libyen, Mali, Nigeria, Somalia und Jemen. Zum Teil kämen sie in den Medien kaum mehr vor, seien auf dem Weg zu „failed states“, also Ländern ohne funktionierende staatliche Strukturen. Inzwischen müsse man sich auch um den Libanon und Jordanien Sorgen machen, „ob sie dem Ansturm des Islamismus standhalten können“. Maaßen: „Wir müssen uns Sorgen machen, dass aus den Buschfeuern kein Steppenbrand wird“.

### Besserer Informationsaustausch

Der Parlamentarische Staatssekretär

im Bundesinnenministerium, Günter Krings, machte angesichts der Terroranschläge von Paris, Belgien und Kopenhagen deutlich, die Terroristen zielen „auf unsere Freiheit, dem stellen wir uns entschieden entgegen“. Er forderte zugleich weitere Anstrengungen bei der Verhinderung von Radikalisierung, der Identifizierung und Unterbindung terroristischer Reisevorhaben und einen besseren Informationsaustausch zwischen den Staaten. Bei der Radikalisierung spiele das Internet eine wichtige Rolle, betonte Krings und verwies bei der Prävention auf die Kooperation mit den Providern. So zielte das Verbot der Organisation „Islamistischer Staat“ im vergangenen Jahr vor allem auf das Netz.

### Schutzausrüstung verbessern

Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow sagte auf dem Polizeikongress, die Sicherheitslage in Deutschland erfordere es, Polizei und Nachrichtendienste personell und technisch auf die neuen Herausforderungen einzustellen. „Die Politiker sollen aufhören, von einer abstrakten Terrorgefahr in Deutschland zu reden. Deutschland ist zweifelsohne im Visier der Terroristen. Die Terrorwarnungen werden immer häufiger und konkreter.“

Als einen Schritt in die richtige Richtung bezeichnete er die Entscheidung des Bundesinnenministeriums, zehn schwere Panzerwagen des Typs „Eagle IV“, die in Afghanistan stationiert waren, bis Sommer der Bundespolizei zur Verfügung zu stellen. „Die Attentate von Paris haben gezeigt, dass Terroristen in Europa über schwere Waffen verfügen. Deshalb muss die Schutzausstattung meiner Kolleginnen und Kollegen verbessert werden“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende. Nachholbedarf bestehe vor allem bei Mitteln und gesetzlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung der Finanzierung des internationalen Terrorismus, der Modernisierung der Telekommunikationsüberwachung und der Kommunikationsanalyse.

wsd



# EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS • EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS



**Hans-Georg Maaßen, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, warnte in seiner Rede auf dem 18. Europäischen Polizeikongress in Berlin vor einem „regionalen Dschihad“.**  
Foto: mzo

**GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow mit einem O-Ton für die ZDF-„heute“-Nachrichten.**  
Foto: mzo



**Präsidentinnen-Duo am GdP-Kongressstand: die Wuppertaler Behördenleiterin Birgitta Radermacher (l.) und ihre Bonner Kollegin Ursula Brohl-Sowa im Gespräch mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow und seinem Stellvertreter Arnold Plickert (2.v.l.).**  
Foto: mzo



**Auf reges Interesse stießen die „kleinen Präsente“ der GdP bei zahlreichen Besuchern des Europäischen Polizeikongresses.**  
Foto: mzo



**Internationale Ebene: Gastgeber Jörg Bruchmüller (2.v.r.) mit seinen EuroCOP-Exekutivkomitee-Kollegen Roger Mercatoris (l.) aus Belgien, dem Niederländer Han Busker (2.v.l.) und Max Hofmann, Generalsekretär des Verbandes Schweizerischer Polizei-Beamter (VSPB).**  
Foto: mzo



# EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS • EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS



**Dieter Wehe, Inspekteur der Polizei in Nordrhein-Westfalen, mit seinem Landsmann, GdP-NRW-Chef Arnold Plickert, und dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow.**

Foto: mzo

**Nordlichter: Christian Schumacher, Vorsitzender der GdP Mecklenburg-Vorpommern, und der Schleswig-Holsteiner Oliver Malchow sichten das Kongress-Programm.**

Foto: mzo



**Ministerbesuch I: Dr. Holger Poppenhäger (r.), im Gespräch mit GdP-Pressesprecher und DEUTSCHE-POLIZEI-Chefredakteur, Rüdiger Holecek.**

Foto: mzo



**Präsidenten-Duo: Münsters Polizeipräsident Hubert Wimber (m.) und sein Hagener Kollege Frank Richter im Meinungsaustausch mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow. Richter, ehemals GdP-Chef von Nordrhein-Westfalen, wird ab diesem Monat das Essener Polizeipräsidium führen.**

Foto: mzo

**Elke Gündner-Ede (m.), Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand, und Kerstin Philipp (r.), stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und Vorsitzende der Hauptstadt-GdP, am Empfangstresen des GdP-Kongressstandes mit Berliner Kollegen.**

Foto: mzo



# EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS • EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS



**Uwe Brunnengräber (r.), Präsident der Landespolizeidirektion Thüringen, mit GdP-Bundeskassierer Jörg Bruchmüller.**

Foto: mzo

**Sven Bogacz, Leiter Polizei-präsidium Polizeidirektion Süd im brandenburgischen Cottbus, und DP-Chefredakteur Rüdiger Holecek sprechen über den wachsenden Drogenhandel im Grenzgebiet zu Polen.**

Foto: mzo



**Wolfgang Lohmann, Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, am GdP-Kongressstand mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow.**

Foto: mzo



**Der nächste O-Ton des GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow ging an die RTL-2-News.**

Foto: mzo



**Ministerbesuch II: Markus Ulbig (r.), Innenminister Sachsens, tauscht sich mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow aus.**

Foto: mzo



**„Grenzenlose“ Polizeiarbeit: Die EuroCOP-Exekutivkomitee-Kollegen Roger Mercatoris aus Belgien (3.v.l.) und Jörg Bruchmüller (r.) informieren sich über die gemeinsame Polizeiarbeit Deutschlands mit der seiner Nachbarn.**

Foto: mzo

# EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS • EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS



Stellung bezogen: Oliver Malchow (l.) grenzt die Positionen seiner Organisation gegen über dem Vorsitzenden des Berufsverbandes „Bund Deutscher Kriminalbeamter“, André Schulz, und dem Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, deutlich ab. Foto: mzo



Wilhelm Schmidbauer, bayerischer Landespolizeipräsident, mit GdP-Souvenir bei einem kurzen Lage-Austausch zum bevorstehenden G7-Gipfel mit DP-Chefredakteur Rüdiger Holecek (r.) Foto: mzo

## Reise & Erholung

**Sommer Abenteuer bei uns**  
**TOP ANGEBOT**  
 Canyoning & Raftingtour  
 1x grillen am Lagerfeuer und  
 2 ÜF / Pension, DU-WC  
 Preis pro Person ab € 161  
 Ermäßigungen f. Polizeigruppen  
 office@rafting-oetztal.at  
 www.rafting-oetztal.at  
 Telefon: 0043 5252 6721

### Mittlerer Schwarzwald

Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos, 50–90 m², für 2–6 Pers., ab 40 €/Tag, (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und **Natur pur**. Hausprospekt unter Tel. 0 78 23/9 65 65, Fax 9 65 66  
 Machen Sie sich ein Bild unter [www.mittelschwarzwald.de](http://www.mittelschwarzwald.de)  
 Sie werden begeistert sein!

<http://ferienhaus-am-gardasee.123imwww.com>

Urlaub auf dem Bauernhof im Berchtsgadener Land, Obb., 4\*\*\*\* Fewo's, ruhig u. sonnig, Pony, tolle Ausflugsmögl., Nähe Salzburg, für 2–4 Pers., von 28,- bis 60,- € plus ger. Nebenkosten  
 Tel. 0 86 56 8 37, [www.obermoarthof.de](http://www.obermoarthof.de)

**SOMMERPAUSCHALE** ALL IN ONE  
**1 Woche Halbpension & Silvrettacard ab € 345,-**

Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta gratis, Frei- & Hallenbäder gratis, Gletschersafari, Schmugglertour, gef. Wanderungen inklusive! Wellness mit Gartensauna neue Alpinstyle-Zimmer, gratis WLAN & Mountainbikeverleih. Tolles Programm f. Kinder u. Jugend Kinderermäßigungen!

**NEU:** BADESEE MIT FREIZEITANLAGE

**POST HOTEL**  
 Fam. A. Handl  
 A-6553 See, Au 164  
 Tel. +43-5441-8219  
[www.postsee.at](http://www.postsee.at)  
[info@postsee.at](mailto:info@postsee.at)

**see** PAZNAUN-IBSCHGL  
**IKKGL**

**Franken bei Bamberg**, eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 159,- €, Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41, [www.zur-sonne-urlaub.de](http://www.zur-sonne-urlaub.de)

**Bayerischer Wald**, komf. FeWo\*\*\*\* v. Kollegen ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41/7118, [www.ferienwohnung-gammer.de](http://www.ferienwohnung-gammer.de)

**Fehmarn/Ostsee**  
 2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Südstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV  
 Preise gem. Saison  
**Telefon: 040/6784581**  
[www.fehmarn4family.de](http://www.fehmarn4family.de)

**Sanatorium Anders Bad Füssing**  
 Beihilfefähig §30GewO  
**Niedrigster Tagessatz € 61,00**  
 - Arzt im Haus  
 - Beh.-Preise nach Beihilfe-VO  
 - Keine Wartezeit  
 Rheuma, Schmerzen in Hüfte, Knie, Fuß oder Rücken - wir helfen Ihnen, Ihre Schmerzen zu lindern.  
**Kostenloses Prospekt:**  
 Tel.: 0 85 31 / 2 40 40  
[www.KS-Anders.de](http://www.KS-Anders.de)

Herzlich willkommen zu Ihrem abwechslungsreichen  
**Action-Urlaub in Tirol!**  
**Spezialpreise für Polizeigruppen!**  
 „Go Adventure“  
 Rafting Imster Schlucht + Canyoning Auerklamm + 2 Übernachtungen in unserem Haus mit Halbpension  
 Preis: € 175,- p. P.  
 (Ab 10 Personen 1 freier Platz für die Touren!)  
 Anmeldungen / Angebote unter:  
**Outdoor Refugio Otto**  
 Alte Bundesstraße 44  
 A-6425 Haiming / Tirol  
 Tel. 0043 (0) 5266 888 65  
 Mobil 0043 (0) 680 11 68 408  
 E-Mail: [info@outdoor-refugio.com](mailto:info@outdoor-refugio.com)  
[www.outdoor-refugio.com](http://www.outdoor-refugio.com)

**Top Angebot**

**Action, Abenteuer - prickelnd anders**

1x Rafting & Canyoning  
 1x Grillplatte & Foto CD  
 2x ÜF / Pension DU-WC  
 pro Person nur € 149,00

**CANKICK** prickelnd anders  
**Tirol** [www.cankick.at](http://www.cankick.at)  
[info@cankick.at](mailto:info@cankick.at)  
 Tel +43(0)5252 / 20038



# Deutscher Personalräte-Preis 2015 – jetzt bewerben

**Die Bewerbungsfrist für den „Deutschen Personalräte-Preis 2015“ läuft. Bis 31. Mai können Projekte unter [www.dprp.de](http://www.dprp.de) eingereicht werden. Der Preis ist eine Initiative der Fachzeitschrift „Der Personalrat“ und wird gemeinsam vom Bund-Verlag, Frankfurt, und der HUK-COBURG verliehen.**

Personalräte machen täglich einen wichtigen Job, doch die Würdigung für ihr Engagement und ihren Einsatz im Interesse der Beschäftigten kommt oft zu kurz. Was dem Dienstherren manchmal ein Dorn im Auge ist, erscheint den Mitarbeitern oft als selbstverständlich und nicht immer der Rede wert. Doch ohne ihren Einsatz wären Dienstvereinbarungen oft nur Regelungen ohne Wirkungen und Themen wie Unfall- und Gesundheitsschutz, Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder personelle Maßnahmen kämen nur schwer auf die Agenda.

Gründe genug, dass der Deutsche Personalräte-Preis bereits zum fünften Mal seit 2010 „Leuchttürme“ erfolgreicher Personalvertretung auszeichnet, dokumentiert und öffentlich macht. Doch der schönste Preis ist nichts ohne Bewerber.

Unter dem Motto „Beispielhafte Personalratsarbeit in Bund, Ländern und Gemeinden“ werden hervorragende Initiativen und Projekte seit 2013 geehrt. Die Auszeichnung will Personalräte motivieren, sich weiter aktiv, kreativ und gestaltend im Interesse der Beschäftigten für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen, die Verhinderung nachteiliger Regelungen für Beschäftigte oder den Erhalt vollwertiger Arbeitsplätze einzusetzen.

Die Teilnehmer am Personalräte-Preis sind in guter Gesellschaft. Denn hier kommen die Personalräte auf die Bühne, die sich engagieren und auch Spaß daran haben, darüber öffentlich zu berichten. „Eine gute Gelegenheit, um sich mit anderen Kollegen auszutauschen, neue Kontakte zu knüpfen und dabei vielleicht auch einen der begehrten ‚Oscars‘ für Personalräte mitzunehmen“, so Jury-Mitglied Arnold Plickert, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei.

Der Personalräte-Preis wird in den Kategorien Gold, Silber und Bronze und als Sonderpreis der HUK-CO-



BURG vergeben. Darüber hinaus lobt die DGB-Jugend einen Preis für beispielhafte JAV-Arbeit und Projekte für jugendliche Beschäftigte und Auszubildende aus. Die feierliche Preisverleihung erfolgt Ende November auf dem Schöneberger Forum in Berlin.

Wer kann teilnehmen? Zugelassen sind einzelne Personalratsmitglieder, Personalratsgremien und Arbeitsgruppen, aber auch dienststellenübergreifende Personalrats-Kooperationen. Nicht zu vergessen: Jugend- und Auszubildendenvertretungen.

Womit kann ich mich bewerben? Eingereicht werden können Initiativen und Projekte von 2013 bis 2015, die zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, deren Arbeitsumfeld oder der sozialen Rahmenbedingungen beigetragen haben. So verhinderte der Gold-Preisträger 2014 mit einer Dienstvereinbarung

einen geplanten Planstellenabbau und entwickelte ein Konzept zur Personalkostenreduzierung. Prekäre Beschäftigung und Umgang mit leistungsgeandelten Beschäftigten standen im Fokus von Vereinbarungen, die der GPR der Stadt Nürnberg abschließen konnte und dafür mit Silber geehrt wurde. Das Edelmetall in Bronze ging an den Hauptpersonalrat im Hessischen Umweltministerium für ein innovatives Personalentwicklungskonzept.

Welche Unterlagen reiche ich ein? Damit sich die Jury ein qualifiziertes Bild vom Projekt, den Beteiligten und Ergebnissen machen kann, ist erstmal nur der zweiseitige Teilnahmebogen vollständig auszufüllen. Warum wurden Sie aktiv, aus welchen Gründen wurde das Projekt angeschoben? Wie sind Sie konkret vorgegangen, beispielsweise welche Verhandlungen wurden mit welchen Beteiligten geführt? Was ist am Schluss herausgekommen? Welches Ergebnis haben Sie für die Beschäftigten, für das Gremium erzielt? Welche Perspektiven ergeben sich daraus gegebenenfalls für Anschlussaktionen und -maßnahmen? Versetzen Sie sich in die Jury, zehn Fachfrauen und -männer, die sich täglich mit Interessenvertretung im öffentlichen Dienst beschäftigen, und ergänzen Sie ihre Unterlagen gern mit weiteren erklärenden Unterlagen. Dazu gehören Dienstvereinbarungen, Konzeptpapiere, Fotomaterial, Briefwechsel oder Presseartikel.

Wie bewertet die Jury? Die Juroren interessiert, welche konkreten Auswirkungen Ihr Projekt auf den Alltag in der Dienststelle hat und wie die Umsetzung erfolgte. Was ist innovativ, originell, nachhaltig daran? Haben Sie im Gremium als Team gearbeitet und gibt es vielleicht auch einen besonderen sozialen Einsatz? Halten Sie nicht hinter den Berg mit Ihrem Engagement.

Weitere Informationen, Bewerbungsunterlagen und Kontaktadressen unter [www.dprp.de](http://www.dprp.de). Bewerbungsschluss ist der 31. Mai 2015 (Posteingang).

**Christof Herrmann**





|                                                                |                                                                                                                                                                       |
|----------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Stiftung<br/>Warentest</b><br><br><b>Finanztest</b><br><br> | <b>Sehr gut (1,2)</b><br><br>Tarif B501<br>für Beamte<br>Im Test:<br>24 Angebote<br>für Beamte<br><br>Ausgabe 05/2014<br><a href="http://www.test.de">www.test.de</a> |
|                                                                | <small>14BZ76</small>                                                                                                                                                 |

# Private Krankenversicherung

## Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge für Polizisten

Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:

- Stabile und günstige Beiträge für Polizisten und Polizeianwärter
- Geld zurück: aktuell vier Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem ersten leistungsfreien Kalenderjahr – Polizeianwärter erhalten sogar sechs Monatsbeiträge Rückerstattung
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

Wir beraten Sie gerne:

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de).

**Oder rufen Sie direkt an: Telefon 09561 96-98221**

**DEUTSCHER  
PERSONALRÄTE  
PREIS • 2015**



Der Personalrat



**HUK-COBURG**



**HUK-COBURG**

Aus Tradition günstig

# STEUERFIBEL

Das Steuer-Spar-Buch für alle Polizeiangehörigen

Von **M. Brenning**, **H. R. Brenning** und **D. Stepp**.



35. Auflage 2015

**Umfang:** 260 Seiten

**Format:** DIN A5, Broschur

**Preis:** 10,15 € [D]

Die Steuererklärung – eine lästige Aufgabe, der man aber gerne nachkommt, wenn es sich am Ende „auszahlt“.

Eine unverzichtbare Hilfe ist hier die Steuerfibel für Polizeibeamte. Sie ist speziell auf die Probleme zugeschnitten, mit denen Polizeiangehörige immer wieder konfrontiert werden. Der Leser findet hier neben einer programmierten Anleitung zum Erstellen des Lohnsteuer-Jahresausgleichs und der Einkommensteuer-Erklärung über 500 Tipps und Tricks, Quellenangaben und Fundstellen, Beispiele und Urteile, die sich im wahrsten Sinne des Wortes schnell „bezahlt“ machen.



## DIE AUTOREN

**Michael Brenning**, Diplom-Betriebswirt (FH), Steuerberater.

**Dr. Heribert R. Brenning**, M.A., Industriekaufmann, Verwaltungsangestellter, Geisteswissenschaftliches Hochschulstudium.

**Dieter Stepp**, Beratungsstellenleiter des Lohn- und Einkommensteuer Hilfe-Ring Deutschland e. V. (Steuerring).



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

## Ältester GdP-Funktionär tritt in den Ruhestand – „Irgendwann muss einmal Schluss sein!“

Und diesmal wollte Heinz das letzte Wort haben. Sichtlich gerührt bedankte er sich für die netten Worte und Aufmerksamkeiten und verkündete, dass er sich nicht ganz in den Ruhestand verabschieden werde. Er wolle weiterhin seine in die Jahre gekommenen

Nach 33 Jahren in der ehrenamtlichen Seniorenarbeit hat sich unserer ältester GdP-Funktionär, Heinz Land, mit 95 Jahren aus dem Amt des stellvertretenden Seniorenvorsitzenden der Seniorengruppe Zentrale Service Einheit und Stab des PPr (ZSE) Berlin verabschiedet. Es wird Zeit, dass ein Jüngerer meinen Platz einnimmt, so seine Worte. Ende Januar trat er bei den Vorstandswahlen nicht mehr an. Im Kreise seiner Senioren verabschiedete ihn seine Seniorengruppe und bedankte sich bei Kollegen Land für seine jahrzehntelange Arbeit.

Anfang Februar wurde der Langgediente vom Landesseniorenvorstand bei einem kleinen Empfang verabschiedet. 17 Jahre gehörte er dem Gremium an. Kein Geringerer als der Bundesvorsitzende Oliver Malchow übernahm es, sich bei Heinz Land für seine Arbeit zum Wohle der GdP und seiner Mitglieder zu bedanken. In seiner Laudatio zeichnete er einen Teil dessen Lebensweges auf. Dabei ging er insbesondere auf den beruflichen Werdegang und die Stationen seiner gewerkschaftlichen Arbeit ein.

Heinz Land, geboren 1919, war zunächst in der Privatwirtschaft tätig, bis er im März 1959 seine Arbeit in der Kfz-Werkstatt der Berliner Polizei begann. Zu diesem Zeitpunkt war er Mitglied der damaligen ÖTV und auch dort in unterschiedlichen Funktionen, wie als Kassierer, aktiv. Mit Eintritt der GdP in den DGB wurde er deren Mitglied.

Mitte 1981 ging er dann in die Rente und schloss sich seiner Seniorengruppe an, wo er nach wenigen Monaten bereits dem Vorstand angehörte. Mehrere Strukturveränderungen in der Berliner Polizei brachten auch immer neue Gliederungen in der GdP. Und einer war immer dabei, Heinz Land. 1998, im Alter von 78 Jahren, übernahm er den Vorsitz der Seniorengruppe und gehörte damit dem Landesseniorenvorstand an, insgesamt stolze 17 Jahre.

Eine erneute Strukturveränderung führte zur Auflösung seines Dienststellenbereiches, so dass keine neue Senioren aus dem Dienststellenbereich für ihn zu erwarten waren. Eine weitere Änderung führte zu einem Zusammenschluss mit einer weiteren Seni-



Patricia Hagemann, Bezirksgruppenvorsitzende ZSE, Oliver Malchow, Ilse und Heinz Land, Kerstin Philipp, Berliner Landesbezirksvorsitzende und Klaus Kulick (v.r.) Foto: A. Fourdeaux

orengruppe unter dem Namen ZSE. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Mitglieder seiner Seniorengruppe bereits einen Altersdurchschnitt von 88 Jahren und er war mit 83 Jahren fast ein junger Hüpfen.

Land organisierte für seine überwiegend aus Frauen bestehende Gruppe Tagesfahrten, Mehrtagesfahrten, Besuche von Konzerten und Veranstaltungen jeglicher Art. Er war aufgeschlossen für alles Neue. Nicht so selbstverständlich in seinem Alter. Und was zeichnete ihn stets aus? Er war immer zuverlässig und nie auf seinen eigenen Vorteil bedacht. In seiner bescheidenen Art war er überall beliebt geschätzt und geachtet.

Die stellvertretende Bundesvorsitzende und Berliner Landesvorsitzende Kerstin Philipp bedankte sich mit sehr persönlichen Worten für sein Engagement und die geleistete Arbeit. In diesen Dank schloss sie, wie bereits ihr Vorredner seine Ehefrau Ilse mit ein.

Da blieb für mich als Landesseniorenvorsitzender nicht mehr viel zu sagen: „Lieber Heinz, uns bleibt am Ende nur Danke zu sagen. Danke für deinen unermüdlichen Einsatz für unsere Senioren und unsere GdP. Wir wünschen dir und deiner Frau viel Gesundheit und vor allen Dingen bleibt uns noch lange erhalten. Wir hoffen, dass aus deinem Unruhestand jetzt ein Ruhestand wird. Dies wünschen wir euch.“

Damen betreuen. Dazu gehörten auch die Heimbesuche bei unseren ältesten Mitgliedern seiner Seniorengruppe.

So ist er, unser Heinz. Bedarf es da weitere Erklärungen für seine Beliebtheit?

**Klaus Kulick**  
Landesseniorenvorsitzender Berlin

Anzeige

  
**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.  
Inzahlungnahme möglich. % % %  
Informieren Sie sich! % % %  
**Telefon: (02207) 76 77** % % %  
[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)

[www.polizeifeste.de](http://www.polizeifeste.de)  
Alle Polizeifeste  
der GdP auf einen Blick!



# Pralles Programm im Pott

**Unverhofft erhielt das diesjährige Motto der Ruhrfestspiele Recklinghausen (RR) vom 1. Mai bis 14. Juni beklemmende Aktualität: „Tête-à-Tête. Ein dramatisches Rendezvous mit Frankreich.“ Das Programmheft zielt ein Seiltänzer, den es vom Eiffelturm zu einem Förderturm förmlich zieht. „Die Differenz zwischen La douce France damals und heute“ wolle man erkunden, sagte Frank Hoffmann, Intendant der RR seit 2005, wobei damals wohl seine eigene Jugend meint.**

Und so zeigen die Ruhrfestspiele ein pralles Programm französischer Kultur aller Sparten: Dramatik, Prosa, Tanz. Im Fokus des Programms stehen neben Klassikern wie Molière, Eugène Labiche, Gustave Flaubert und Émile Zola auch zeitgenössische Autoren, so Bernard-Marie Koltès und Yasmina Reza. Niemand kann die Theaterkunst Frankreichs auf der Bühne besser verkörpern als hochkarätige französische Schauspielgrößen wie Juliette Binoche oder Michel Piccoli. Bernard-Marie Koltès Drama „Rückkehr in die Wüste“ weist auf einen Aspekt der aktuellen

französischen Probleme hin: Das kolonialistische Erbe Frankreichs. Von Heines Ironie – „das leichte Volk wird mir zur Last“ – ist hier nichts mehr zu spüren.

## Halluzinogenes Finale

Das Kabarett- und Comedy-Festival weitet sich aus, ebenso das Kinder- und Jugendprogramm. Die obligate Zirkusnummer wird diesmal von Cirk La Putyka aus Prag bestritten. Zwar sind die klassischen Formen fast auf-

gelöst, aber nur beinahe, denn ohne Rituale funktioniert auch dieses Programm – Slapstick Sonata – nicht. Aber der Titel verrät schon das Programm: Überraschung pur und ein halluzinogenes Finale.

Seit zehn Jahren gibt es das Fringe Festival. Der Ableger aus dem schottischen Edinburgh hat sich etabliert wie verselbstständigt und bespielt mittlerweile nicht nur Innenräume, sondern auch die Innenstadt von Recklinghausen. Und natürlich gibt es nach wie vor das große Kulturvolksfest am 1. Mai und das Abschlusskonzert, diesmal mit Roger Cicero & Big Band am 13. Juni im Stadtgarten.

Alle Karten und Preise – Rabatte für Gewerkschaftsmitglieder – unter [www.ruhrfestspiele.de](http://www.ruhrfestspiele.de)

Ulrich Schmidt

**Ruhrfestspiele  
Recklinghausen  
(RR) vom 1. Mai  
bis 14. Juni**



## Kapitalmarkt

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |                                                                                                                                                                                                                                                                                             |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>■ <b>Beamtdarlehen ab 10.000 €-120.000 €</b><br/>                 ■ Extra günstig vom Spezialisten<br/>                 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken<br/>                 ■ Baufinanzierungen günstig bis 120%<br/> <b>0800 - 1000 500</b> Free Call<br/>                 Wer vergleicht, kommt zu uns.<br/> <b>Seit über 35 Jahren.</b></p> | <p><b>Deutschlands günstiger Autokredit</b><br/> <b>3,14%</b> effektiver Jahreszins<br/>                 5.000 € bis 50.000 €<br/>                 Laufzeit 36 bis 120 Monate<br/>                 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 30.000 €, Lfz. 36 Monate, 3,14% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,10% p.a., Rate 874,- €, Gesamtkosten 31.454,90 €<br/> <a href="http://www.Autokredit.center">www.Autokredit.center</a></p> | <p><b>AK FINANZ</b><br/>                 Kapitalvermittlungs-GmbH<br/>                 E3, 11 Planken<br/>                 68159 Mannheim<br/>                 Fax: (0621) 178180-25<br/>                 Info@AK-Finanz.de<br/> <a href="http://www.AK-Finanz.de">www.AK-Finanz.de</a></p> | <p><b>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker</b><br/>                 Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldentrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsversicherung.</p> |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|



### Spezialdarlehen für Beamte und den Öffentlichen Dienst

- Kostenlose Bearbeitung
- Von 1.000 bis 120.000 €
- Auch bei schlechter Bonität
- Umschuldung – Raten bis zu 50% senken

### Beamten Kredit

Kostenlos anfragen:  
**Tel: 033702 97 97 95**  
[www.credimaxx.eu](http://www.credimaxx.eu)

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen**  
**Forwarddarlehen, Ratenkredite**  
 Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.  
 Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:  
**IFS Hans-Joachim Janke**  
 Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 02 31/9 14 51 45

**!SOFORTKREDITE!**  
 vermittelt  
**PECUNIA GmbH seit 1980**  
**Tel. 02 01/22 13 48**  
 Ablösung teurer Kredite u. Girokonten Kredite bis zum 80. Lebensjahr  
**Ohne Auskunft bis 10.000 €.**  
 45127 Essen • Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

**Caritas international**  
[www.caritas-international.de](http://www.caritas-international.de)  
 Spendenkonto 202 753  
 Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75  
**Diakonie Katastrophenhilfe**  
[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)  
 Spendenkonto 502 707  
 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

## Diakonie Katastrophenhilfe

[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)  
 Spendenkonto 502 707  
 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

**Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!**  
**www.1a-Beamtdarlehen.de**  
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

**0800-040 40 41**  
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren  
**NÜRNBERGER**  
 Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
 Andreas Wendholt  
 Prallert-Hoing-Str. 19 • 46325 Borken-Wesekle







Mit dem neuen Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten\* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!

Passend dazu: ab sofort auf unserer Homepage im Shop auch eine attraktive Auswahl von Schuhen – nicht nur für die Freizeit – von HAX!

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.04. - 30.04.2015 erfolgen, verlosen wir fünf

## POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONSTÜCHER

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Im Einsatz – im Thema.

# POLIZEIPRAXIS

Kontakt Impressum Datenschutz Newsletter

STARTSEITE THEMEN AUSGABEN PRODUKTE SERVICE

Sie sind hier > Startseite

Suche nach Sachgebieten, Hilfe, Tipps und mehr...

### SCHWARZES BRETT

**Polizeifachmesse IPOMEX 2015**  
In Münster findet vom 14.04.15 - 16.04.15 die internationale Polizeifachmesse und Konferenz IPOMEX statt. Fachleute aus allen Bereichen der Polizeitechnik nutzen die Gelegenheit, sich über aktuelle... [\[mehr lesen\]](#)

**ENFORCE TAC 2015 und IWA 2015**  
Vom 04.03.15 - 05.03.15 findet die ENFORCE TAC - Fachmesse für Polizeibedarf und Militärausrüstung in Nürnberg statt, direkt gefolgt von der IWA Outdoor Classics, hier liegt das Augenmerk auf... [\[mehr lesen\]](#)

**Attraktive Angebote in unserer Rubrik PRODUKTE!!**  
Besuchen Sie auch die attraktive Auswahl von Produkten für den polizeilichen und privaten Alltag. Einfach auf den Reiter PRODUKTE klicken und schon finden Sie eine Vielzahl an Hilfsmitteln für Ihre... [\[mehr lesen\]](#)

**Newsletter - Anmelden und gewinnen!**  
Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an! Unter allen Anmeldungen, die zwischen dem... [\[mehr lesen\]](#)

### NEUE ARTIKEL

**Atemalkoholgesteuerte Wegfahrsperre**  
Das Prinzip einer atemalkoholgesteuerten Wegfahrsperre ist denkbar einfach: Sie gibt den Anlasser des... [\[mehr lesen\]](#)

**Atemalkoholgesteuerte Wegfahrsperre**  
Das Prinzip einer atemalkoholgesteuerten Wegfahrsperre ist denkbar einfach: Sie gibt den Anlasser des Fahrzeugs erst dann frei, wenn der Atemalkoholtest akzeptiert wurde. [\[mehr lesen\]](#)



# Sicher leben

Das Präventionsportal **PolizeiDeinPartner.de** bietet allen Bürgern, Unternehmen, Institutionen und Behörden die Möglichkeit, sich online über einzelne Themenbereiche der kriminalpolizeilichen Prävention umfassend zu informieren.

**Breit gefächerte Themengebiete, z. B.:**

- Diebstahl und Betrug
- Gewalt und Missbrauch
- Internet und Mobilfunk
- Sicheres Gebäude
- Verkehrserziehung und -sicherheit
- Zivilcourage



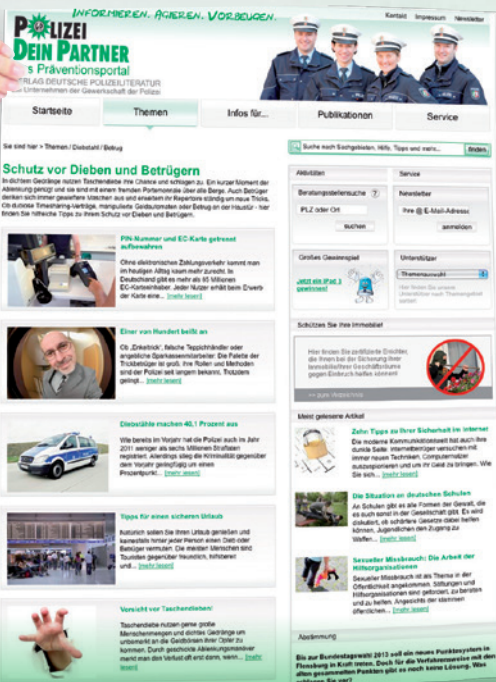
**Zielgruppenorientierte Gliederung:**

- Autofahrer und ÖPNV-Nutzer
- Gewerbetreibende
- Kinder und Jugendliche
- Eltern, Lehrer und Erzieher
- Mieter und Eigentümer
- Urlauber

**Und viele mehr.**

**Umfangreicher Zusatz-Service:**

- Viele nützliche Links und Downloads
- Monatlicher Newsletter
- Kriminalpolizeiliche Beratungsstellen
- Bußgeldrechner



# www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

**POLIZEI**  
**DEIN PARTNER**

Das Präventionsportal  
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon 0211/7104-0, Telefax 0211/7104-174  
av@vdpolizei.de, www.vdpolizei.de

**Zahlreiche Reaktionen löste der Standpunkt von Prof. Dr. Samuel Salzborn unter dem Titel „Demokratiefeerne Rebellionen“ über „HoGeSa“ und „Pegida“ im März-Heft in der DP-Leserschaft aus. In dieser Ausgabe kommen Leserbriefschreiber zu Wort:**

### Zu: Standpunkt, DP 3/15

Da ich den Umgangsstil in dem Beitrag für bedenklich halte, möchte ich einige Punkte kommentieren. Sich mit allen auseinanderzusetzen, würde den Umfang der DP-Ausgabe sprengen, da der Bogen von Freud bis zu Außerirdischen reicht.

Merkmale des Pegida-Teilnehmers laut diesem Artikel: Wie Prof. Salzborn richtig schreibt, ist nur ein Viertel der Befragten durch die Themenfelder Islam, Islamismus motiviert. Widmen wir uns daher den anderen 75 Prozent (ebenfalls Mittelschicht, im Schnitt 48 Jahre alt). Laut Artikel haben Sie folgende Merkmale: egozentrisches, demokratiefernes, extrem politikfaules rassistisches Klientel mit falscher Selbstwahrnehmung, an Verschwörungstheorien glaubend, ihr Weltbild gar nicht so weit vom Islamismus entfernt, sondern es seien Brüder im Geiste.

„Alles kreist um das überhöhte Selbst, das sich dem egoistischen Größenwahn hemmungslos hingibt“, auf einen Nenner gebracht soll das wohl heißen: so ziemlich alle Pegida-Teilnehmer sind geisteskrank. Größenwahn ist nämlich als Krankheit im Diagnoseschlüssel der Psychiatrie unter bipolaren Störungen genannt. In der früheren Sowjetunion wurden Meinungsabweichler statt ins Arbeitslager auch ins Irrenhaus gesteckt.

„... Personen, die um den Verlust ihres sozialen Status fürchten, ohne dass dieser wirklich bedroht wäre“, kann Prof. Salzborn hellsehen, wie es um die Zukunft oder die Finanzen von zehntausenden Mittelständlern aussieht. Um seinen eigenen Status muss er sich bestimmt keine Sorgen machen. Tatsächlich sind genügend Arbeitnehmer und Mittelständler vom sozialen Abstieg bedroht.

Demokratische Medien als Lügen-

presse verunglimpft: leider haben einige Medien selbst durch einseitige Berichterstattung etwas zu diesem Begriff beigetragen, weil so manches verschwiegen (Täterherkunft, links-extreme Gewalt) oder verdreht wird (hier: enttarnter RTL-Reporter). Ein Beispiel ist der massive Angriff links-autonom auf eine Leipziger Polizeiwache (siehe DP 2/15 und Leserbrief 3/15). In vielen Tageszeitungen wurde dies verschwiegen. Ein Minister hat sämtliche Pegida-Teilnehmer als Heuchler bezeichnet, aber kaum ein Politiker und schon gar nicht die Kirchen haben die oben genannte Tat oder zum Beispiel die Maikrawalle in Berlin verurteilt.

Dies liegt wohl an der unterschiedlichen Sichtweise. Für Presse und Politik ist nur der rechte Steinwurf ein böser, der linke dagegen ein guter, für den Unfallchirurgen sind richtigerweise beide gefährlich. Ein Buch mit dem Titel „Gekaufte Journalisten“ hat es wohl nicht ohne Grund in die Bestsellerliste geschafft.

Heute gilt schon als rechtsradikal und rassistisch, wer den Vorschlag äußert, dass Asylbewerber auf alle EU-Länder gerecht verteilt werden sollten.

Prof. Salzborn kritisiert das „extrem politikfaule Klientel“, weil es überhaupt demonstriert und nicht in Parteien oder Gewerkschaften aktiv wird. Da übersieht er, dass es nach dem Grundgesetz eine Versammlungsfreiheit gibt. Seine Aussage, Demokratie ist Repräsentation, ist nur die halbe Wahrheit, da es auch eine direkte Demokratie gibt, und die Schweiz ist deswegen noch nicht untergegangen.

**Dieter Frank, Neustetten**



Als ich den Artikel „Demokratiefeerne Rebellionen“ las, war ich fassungslos. Was da der Autor von sich gibt, ist für mich minderwertige Polemik, auch wenn er dies mit sozial- und politikwissenschaftlich analytischem Ausdruck wiedergibt. Er arbeitet mit Unterstellungen, Behauptungen und sogar mit Beschimpfungen.

Ich habe mich persönlich mit Pegida-Teilnehmern unterhalten und diese waren immer betroffen, wenn sie als

Neonazis, Ausländerfeinde und realitätsfern (denn das drückt die Aussage „Verschwörungstheorien“ von Prof. Salzborn auch aus) betitelt wurden. Mit wie vielen Bürgern hat Herr Salzborn vor Ort gesprochen? Wenn er dies dennoch getan hat, dann haben wohl alle gesagt: wir sind Neonazis, Ausländerfeinde, Demokratiegegner, Verschwörungstheoretiker und natürlich handeln wir alle nur im Eigennutz.

Ist das wirklich seine eigene Meinung oder schreibt er hier stellvertretend für andere? Ich zitiere: „Insofern ist auch die alte Forderung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, nach der Menschen dort abgeholt werden müssen, wo sie stehen, im aktuellen Fall völlig falsch, denn sie stehen an einem antidemokratischen Ort, der allein schon deshalb nicht in die demokratische Debatte integriert werden kann, weil seine Kernforderung antidemokratisch sind.“ Dann sind wohl Meinungs-, Versammlungs- und Redefreiheit nur den Menschen zuzugestehen, deren Gedanken politisch korrekt sind. Somit muss man auf diese dann wohl auch nicht zugehen oder eingehen! Man ignoriert sie einfach und wenn das nicht mehr reicht, wendet man oben benannte Polemik an.

Wo bitte schön ist das Demokratie? Demokratie ist nicht nur, dass man seine Gedanken frei aussprechen darf, sondern auch das man sich ehrlich mit den Ängsten der Bürger auseinandersetzt. Dies sollte auf Augenhöhe geschehen und zwar von der Politik. Denn nur so können die Sorgen und Ängste von den Bürgern genommen werden. Und wenn diese, wie Prof. Dr. Samuel Salzborn sagt, völlig unbegründet sind, sollte es doch der Politik möglich sein, diese einfach zu entkräften.

Wir heißen Menschen aus anderen Ländern, mit fremder Sprache, aus anderem Kulturkreis, mit anderen Werte- und Glaubensvorstellungen in unserem Land willkommen und wollen diese integrieren. Auf Menschen aus unserem Land, mit unserer Sprache, unserer Lebens- und Wertegemeinschaft wollen wir nicht mehr zugehen. Warum? Weil sie das „Verbrechen“ begangen haben, ihre Meinung frei zu äußern! Wenn wir es nicht einmal schaffen, respektvoll mit diesem Teil unserer Bevölkerung umzugehen,



# forum kriminal- prävention



Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps  
Neues aus der Wissenschaft  
Gewalt an Schulen  
Jugenddelinquenz  
Erziehung und Pädagogik  
Kommunale Prävention  
Einbruchsprävention  
Sicherheitstechnik  
Prävention in Europa  
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –  
**forum kriminalprävention** für nur

**19,-€**  
jährlich,  
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de) (auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

**Vertrauensgarantie:** Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalenderjahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5 € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei  
Forststr. 3a • 40721 Hilden  
Tel.: 0211/7104-188 • Fax: 0211/7104-4188

dann scheitert auch die Integration der ausländischen Mitmenschen. Wenn das die Demokratie ist, die Prof. Salzborn meint, dann habe ich etwas falsch verstanden.

Ich dachte, wir leben im freiesten Staat, den es je auf deutschen Boden gegeben hat, diese Aussage wurde und wird immer wieder von unseren Politikern verwendet. Wenn dem so ist, sollten dann nicht Meinungs- und Versammlungsfreiheit Rechte für jedermann bedeuten und zwar ohne solche beschämenden Artikel. Weiterhin gehört dazu, dass man sich um die Ängste einer Minderheit, egal, ob diese gerechtfertigt sind oder nicht, kümmert. Ebenfalls gehört für mich Respekt, Anstand und Toleranz zur Demokratie. Dieser Artikel ist für mich respekt- und anstandslos und, ja auch antidemokratisch. Ich glaube nicht, dass Ausgrenzung und Verweigerung zum Abholen (siehe obiges Zitat) sehr demokratisch sind.

Es gibt Menschen in unserem Land, die sich abwenden von unseren gesellschaftlichen Normen, indem diese schwerste Straftaten begehen (dieses ist auch nicht demokratisch). Diese Menschen versucht man dort abzuholen, wo sie stehen geblieben sind, um diese wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Was definitiv richtig ist. Nach Prof. Salzborn steht das „Abholen“ oder das Entgegenkommen den Pegida-Teilnehmern nicht zu! Also haben die Teilnehmer gegen demokratische Normen verstoßen, die so tiefgreifend sind, dass diese Maßnahmen gerechtfertigt sind.

Zum Verständnis: Pegida hat auf angemeldeten und genehmigten Demonstrationen das demokratisch gewährte Recht auf Versammlungsfreiheit zur freien Meinungsäußerung in Anspruch genommen.

Für mich ist der Artikel von Prof. Dr. Samuel Salzborn nicht nur falsch und irreführend, sondern auch beleidigend.

**Ingolf Ferstl, Bad Lausick**



Der Darstellung muss energisch widersprochen werden! Mir ist es schleierhaft, dass die GdP eine solch negative und abwegige Behauptung über

Denk- und Überzeugungsweisen der Pegida-Teilnehmer abdruckt und zulässt, und dass eine bundesweit immer größer werdende Anzahl der Bürger und Bürgerinnen dieses Landes in die rechte Ecke gestellt und als demokratiefiern beleidigt werden darf.

Dieser Herr Professor unterstellt damit einem Großteil der Deutschen rassistisches Gedankengut. Was haben Bedenken gegen eine gemeingefährliche Ideologie mit Rassismus zu tun? Er sollte sich in Erinnerung rufen, dass der Mensch schon in grauer Vorzeit, als er in kleinen Gruppen als Jäger und Sammler über die Erde zog, sich misstrauisch gegenüber fremden Gruppen verhielt und das bestimmt nicht zu seinem Nachteil. Eine solche Verhaltensweise gehört zu unseren Grundinstinkten und hat sicherlich nichts mit egoistischem Größenwahn zu tun.

Dieser Professor macht es sich zu einfach. Im Übrigen kommt es immer auf den Standpunkt an, von dem man aus ein Problem betrachtet. Aus meiner Sicht scheint dieser Professor seinerseits unter einem erheblichen Demokratiedefizit zu leiden. Der überwiegende Teil der Pegida-Sympathisanten hat Angst vor der unumstößlichen Tatsache, dass sich hier in unserem Lande und in Europa eine überaus gewalttätige und menschenverabscheuende Mord- und Räuberideologie ausbreitet, der ein kamelhütender Analphabet von circa 1.400 Jahren den Mantel einer Religion überwarf, damit er seine Mordgesellen besser kontrollieren und bei der Stange halten konnte.

Auch ich, mittlerweile 77-jährig, 36 Jahre im Polizeidienst, stehe den hier eindringenden Anhängern dieser sogenannten friedlichen Religion überaus skeptisch gegenüber. Diese Anhänger handeln getreu den Vorgaben ihres sogenannten Glaubens, schwärmen aus in alle Welt, um dort in absehbarer Zeit die Macht zu übernehmen. Das Ziel des Islam ist eindeutig und glasklar: die Weltherrschaft. Wie die aussieht, können wir schon jetzt jeden Tag an den brutalen Menschen-tötungen sehen, die in den vorwiegend islamischen Kriegsgebieten von Somalia bis Syrien und sonst wo von mordlüsternen Islamanhängern ausgeführt werden. Aber auch hier geschieht Abscheuliches: Bürger und Polizeibe-

amate werden abgestochen oder per Kopftreten umgebracht. Frauen von muslimischen „Bereicherern“ vergewaltigt, das Versammlungsrecht wird massiv eingeschränkt, Karnevalszüge verboten und/oder ganze Städte, siehe Bremen, müssen wegen akuter Terrorgefahr durch schwerbewaffnete Polizei bewacht werden. Die offizielle Sicht aber spricht von Einzelfällen. Wie viele Einzelfälle soll es denn in Zukunft noch geben?

Ein vom Islam zum Christentum konvertierter Moslem, Nassim Ben Iman, sagt es rundheraus: „Jeder Moslem ist ein potenzieller Terrorist.“ Gestützt wird diese Behauptung von der Aussage eines türkischen Politikers in den siebziger Jahren: „Die Europäer glauben, die Türken kommen nur wegen der Arbeit nach Europa. Aber Allah hat einen anderen Plan“.

Ich habe mir die Mühe gemacht, den Koran in offizieller Übersetzung zu lesen. Dieser Koran ist eine einzige Mord- und Raubgebrauchsanweisung. In ihm wird über einhundertachtzigmal gegen alle andersdenkenden und andersglaubenden Menschen gehetzt, sie werden als „schlimmer als das Vieh“ bezeichnet, ihnen sollen „wechelseitig Kopf, Hände und Füße abgehackt oder sie verbrannt werden“, wenn sie denn nicht diesen Irrglauben annehmen. (Zitat des türkischen Schriftstellers Zafer Senocak: „Der Terror kommt direkt aus dem Herzen des Islam. Er kommt direkt aus dem Koran und richtet sich gegen alle Andersdenkenden, Atheisten ... und vor allen Dingen gegen Frauen.“)

Hier weise ich auch auf die in jüngster Vergangenheit in DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichten Publikationen wie „Rekrutiert, um zu töten“ hin, die in ihren Aussagen an Deutlichkeit nicht zu überbieten sind. Wen wundert es da noch, dass immer mehr Bürger landesweit diese angebliche Friedensreligion hinterfragen. Dagegen ist Hitlers „Mein Kampf“, hier zu Recht verboten, geradezu ein laues Lüftchen im Gegensatz zu dem, was im Koran an Gräueltaten gegen Juden, Christen und Andersdenkende gefordert wird.

Wie pervers muss ein Gott sein, der seinen Anhängern befiehlt, Andersgläubige zu massakrieren und die Täter mit „Beerengärten, von Bächen durchheilt“ und mit „Mädchen



mit schwellenden Brüsten“ (Sure 78, Vers 3) belohnen will. Würden derartige Gräueltaten nicht weltweit praktiziert, man müsste solchen Schwachsinn als Witz der Witze bezeichnen.

Als friedliebender Bürger und Christ halte ich es für mein Recht, Anhänger einer offenkundigen Gewaltideologie abzulehnen. Ja, ich fordere, dass erkannte radikalisierte Anhänger und Prediger ohne Rücksicht auf ihren Aufenthaltsstatus des Landes verwiesen werden. Sie haben hier in unserer Demokratie nichts verloren, auch wenn diese Forderung nicht „political correct“ ist. Man muss fragen, was mit der professoralen Publikation bezweckt werden soll. Sollen hier etwa im Dienst befindliche Polizeibeamte gegen Pegida-Unterstützer scharf gemacht werden?

Der Redaktion DEUTSCHE POLIZEI wünsche ich bei der künftigen Themengestaltung ein wenig mehr Fingerspitzengefühl. Auf Beiträge wie den des Prof. Salzborn kann getrost verzichtet werden. Diese Demokratie ist unser höchstes Gut. Sie zu verteidigen, auch oder gerade gegen den sich ausbreitenden gewaltbereiten Islam und seinen Anhängern, das Gebot der Stunde.

**Heinrich Weißkopf, Cuxhaven**



Mit großer Verwunderung habe ich den Artikel gelesen. Der Autor Prof. Dr. Salzborn von der Universität Göttingen versucht sich hier, aus der Ferne unter einem für meine Begriffe pseudowissenschaftlichen Aspekt dem Phänomen Pegida und den sogenannten Montagsmahnwachen zu nähern.

Als Polizist bin ich seit vielen Jahren DP-Leser, aber einen derart einseitigen und subjektiv gefärbten Artikel, der inhaltlich nicht die tatsächlichen Gegebenheiten über das Thema widerspiegelt, habe ich hier noch nie gelesen.

Wie der Autor in einer überheblichen und arroganten Weise über einen Teil der Zivilgesellschaft urteilt, ist für mich nicht hinnehmbar. Da werden Bürger aus der Mitte der Gesellschaft als demokratiefeindliche Rassisten und als Verschwörungsfantasten bezeichnet, nur weil diese es wagen, gesellschaftliche Entwicklungen zu hinterfragen und dies auch noch friedlich in öffentlichen

Protesten zum Ausdruck zu bringen. Dass es gewisse Defizite in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung gibt, steht für mich außer Frage. Aber das ist nicht mein Hauptanliegen. Mir geht es um etwas Grundsätzliches in Bezug auf das polizeiliche Handeln.

Man mag zu den Pegida-Protesten und zu den Montagsmahnwachen stehen wie man will, aber die Polizei hat ein gewisses Neutralitätsgebot einzuhalten. Dies gilt auch für die veröffentlichten Inhalte der Gewerkschaftszeitung DP. Es kann daher nicht sein, dass durch den genannten Autor ein Teil der Bevölkerung als Nazis bezeichnet wird, mit denen überhaupt nicht zu diskutieren ist, da er sich außerhalb des Demokratiespektrums befindet. Diese eindeutig fragwürdige Positionierung des Autors wird offenbar von der Redaktion vollkommen unreflektiert übernommen. Dabei hätte man schon beim Lesen des ersten Satzes „Es bedarf schon ... das rassistische Milieu ...“ erkennen müssen, unter welcher Intention der Artikel verfasst ist.

Aufgabe der Polizei ist es, die vom Grundgesetz abgeleitete Rechtsordnung durchzusetzen. Hierbei ist sie der weitgehenden Neutralität verpflichtet. Das Veröffentlichen von in meinen Augen Propagandaaufsätzen sowie das Betreiben von Parteipolitik und/oder die unterschwellige Positionierung für die eine oder andere Seite gehört nicht dazu.

Ich erwarte daher, dass die Redaktion öffentlich in einer der nächsten Ausgaben der Zeitschrift Stellung zu dem genannten Artikel des Prof. Dr. Salzborn bezieht.

**Heiko Konarski, Plauen**



Redezeit für Politiker der Grünen und Linken! Eingefärbte Beiträge von Akademikern! Gerade die GdP als Einzelgewerkschaft im DGB sollte um etwas mehr Abgrenzung und Neutralität bemüht sein, wenn man sich schon mit Gewerkschaften wie ver.di oder GEW unter einem Dach befindet! Besonders als Angehöriger einer geschlossenen Einheit ist immer wieder mit Erschrecken festzustellen, wie auf Demonstrationen diese mit teilweise

gewaltbereiten Linksextremen unverblümt paktieren!! Man sollte eigentlich wissen, wer den Kollegen auf der Straße das Leben schwer macht!

**Michael Klinger, Schwabach**



Aus meiner Sicht hat der Autor ein Plädoyer zur Einschränkung der Grundrechte geliefert. Er stellt alle andersdenkenden Bürger als Psychopathen dar. Nach ähnlichem Muster haben Diktatoren ihre Gegner in psychiatrische Anstalten einweisen lassen. Hätten alle Machthaber der DDR uns Demokraten so demokratiefreundlich und politisch-intellektuell minderwertig gesehen, wären wohl ihre Hemmschwellen gefallen und Blut geflossen. Hat Prof. Salzborn den Leipziger Oberbürgermeister beraten? Ist dieser Artikel eine Anregung für die Polizei wegzuschauen, wenn Pegida-Demonstranten angegriffen werden? Der Respekt und die Achtung von Grundrechten politisch Andersdenkender ist ihm in seinem Elfenbeinturm abhandengekommen. Die heutige gleichgeschaltete Politik und Medienpropaganda ist für viele Bürger unerträglich geworden. Der demokratische Problem-Diskurs findet nicht mehr statt, dafür aber immer mehr Ausgrenzung und Diffamierung Andersdenkender. Die wachsenden und von der Politik ignorierten Probleme sind der Grund dafür, dass immer mehr rechtstreue Bürger als Vorboten einer schweigenden Mehrheit auf die Straße gehen.

**Reinhardt Thomas, MdL a. D., Warnemünde**



Zuerst dachte ich, dass es sich bei dem betreffenden Beitrag um eine Satire handelt, aber er ist wohl doch ernst gemeint. In einer Gewerkschaftszeitung einen solchen Beitrag zu veröffentlichen, ist schon ziemlich dreist.

Der Autor macht nicht den Eindruck, dass er jemals eine der von ihm kritisierten Demonstrationen besucht hätte, geschweige denn, dass er sich mit dem Positionspapier der Pegida-



Bewegung auseinander gesetzt hätte. Die Menschen vor Ort zu Verrückten, Demokratiefeinden, Verschwörungstheoretikern oder Nazis zu erklären, mehrmals die Bezeichnung rassistisch zu verwenden und sich nicht auf die Studien zum Thema von Prof. Dr. Patzelt von der TU Dresden, immerhin zur gleichen Fakultät gehörend und, im Gegensatz zum Autor des Beitrags, bei mehreren Pegida-Demonstrationen vor Ort, lässt den gesamten Beitrag in einem unwissenschaftlichen Kontext erscheinen und macht ihn zu einem Ärgernis.

Die politische Sympathie der Demonstrationsteilnehmer liege bei der AfD, deshalb sei die besagte Klientel auch als demokratiefiern zu bezeichnen. Ein Zusammenhang, der auch auf „indymedia“, der Internetplattform der Antifa zu finden ist.

Der Autor ruft zu aller Entschiedenheit gegen die Demonstrationen auf und tritt dafür ein, dass mit den Teilnehmern dieser Demonstrationen nicht gesprochen wird, da sie von Haus aus undemokratisch sind. Damit gießt man Wasser auf die Mühlen von Linksextremisten, die im Schutze friedlicher Gegendemonstranten auf Randalen und Gewalt aus und garantiert nicht an der freiheitlich demokratischen Grundordnung interessiert sind. Umso ärgerlicher ist dies für Einsatzkräfte der Polizei, die bei jeder Demonstration dieser Art von Antifa und ähnlichen Gruppen angegriffen werden. Alles in allem ein ärgerlicher Beitrag, bei dem die falsche Bildunterschrift auf Seite 27 nur die mangelhafte Qualität unterstreicht.

**Thomas Bräutigam, Zwenkau**

*Die Redaktion bittet für den Abdruck eines falschen Bildes im Zusammenhang mit dem angesprochenen Beitrag um Entschuldigung. Der Fehler wurde in der DP-Online-Ausgabe korrigiert.*



Als ich Thema, Universität und Fakultät kannte, war mir klar, was in dem Artikel auf mich zukommt. Ich quälte mich aber trotzdem vier Seiten lang mit diesem tendenziösen Gequatsche herum.

Vorausschicken möchte ich mal grundsätzlich als Nichtstudierender, dass man Islamisierung und Zuwanderung nicht mehr getrennt sehen kann. Das muss miteinander abgehandelt werden. Sonst entsteht ein falsches Bild.

Mich ärgert immer, dass die Herren Vordenker, wenn ihnen die Argumente ausgehen, auf die Wörter rassistisch oder rechtslastig zurückgreifen. Woher nimmt der Herr Professor das Recht, Leute, die der Meinung sind, dass unbegrenzte Zuwanderung mit Bleibe-recht, zu gesellschaftlichen Veränderungen, sozialem Abstieg, steigender Kriminalität und Krankheitswellen führen können, als demokratiefiern und rassistisch zu bezeichnen. Und der Name „Lügenpresse“ kam auf, als sie uns verkaufen wollte, dass jeder Ausländer, also auch mittel- und arbeitslos, mehr Sozialabgaben zahlt, als er staatliche Transferleistungen erhält.

Für wie blöd halten uns die denn alle? **Günter Klinger,**

**Landesseniorenvorsitzender  
GdP-Bayern**



Mit großem Erstaunen und Entsetzen musste ich zur Kenntnis nehmen, dass Sie vier Seiten Ihrer Zeitung zur Verfügung stellen, um unkommentiert den Beitrag von Prof. Dr. Salzborn zu veröffentlichen. Ein Artikel, bei dem ich nicht wusste, ob ich darüber lachen oder weinen soll. Hat sich eigentlich einer der Leser real mit Pegida und deren Forderungen auseinander gesetzt? Oder vertraut man darauf, was Regierung und Presse dazu sagen? Offensichtlich nicht, es funktioniert ja.

Sicher, der Demonstrationsname „PEGIDA“ ist nicht glücklich gewählt. Und auch mit Herrn Bachmann hat so Einiger Bauchschmerzen. Aber wo ist denn der Aufschrei gegen Christoph-Maria Herbst? Sei es seine Werbung im Kino, sein Auftritt beim „Wichser“ oder seine erfolgreiche CD „Er ist wieder da“. Das ist okay, Herr Bachmann selbst darf keine Witze machen. Da demonstrieren doch tatsächlich ein paar böse Deutsche im Zusammenhang mit der Asylpolitik. Und dann noch im bösen, rechtsradikalen Osten. Na, das passt doch für ein paar nette Schlagzeilen. Inhalte sind egal, es wer-

den Gegendemos organisiert. Das ruft doch sofort die Berufsdemonstranten von Kirche, DGB und sonstigen linken Organisationen auf den Plan.

Hat sich jemand ernsthaft die Mühe gemacht, sich mit Pegida auseinander zu setzen? Sicher nicht. Deutsche gegen Ausländer reicht aus; holen wir die große Nazi-Keule aus dem Keller. Aber warum? Pegida sagt klar, dass die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen oberste Priorität hat. Oder ist die Forderung nach einem ordentlichen Zuwanderungsgesetz falsch? Oder die Forderung nach Aufstockung der Mittel für Polizei und Beendigung des Stellenabbaus?

Aber was ist die Realität? Wir einfachen Polizisten müssen ausbaden, was die Politik seit Jahren versaut hat. Und Sachsen muss leider die jungen Männer aufnehmen, von denen wir von einem tunesischen Dolmetscher wissen, dass viele durch eine Generalamnestie freikamen. Kurz: straffällig gewordene Tunesier. Leider benehmen sie sich entsprechend. Aber das ignoriert unsere Politik. Aber das bleibt auch dem einfachen Bürger nicht verborgen.

Es ist kein Geld da für deutsche Obdachlose, Sportvereine und Co. Überall werden die Mittel gestrichen, aber es scheint ja noch Geld da zu sein.

Und auch die Einsatzkräfte von BePo und Co. können zumindest in Dresden bezeugen, dass von Pegida keine Gewalt oder ähnliches ausging. Die kommt wie meistens von den linken Gegendemonstranten. Jeder BePo-Beamte kann sicher ein Lied davon singen. Nur wird dies leider gern verschwiegen, weil linke Gewalt in diesem Land offensichtlich toleriert wird.

**Peter König, Dresden**



Mit einem eigenen „Standpunkt“ zum Artikel „Demokratiefierne Rebellionen“ von Prof. Dr. Samuel Salzborn möchte ich anhand der zur Veröffentlichung gelangten Polemik des Autors einen Beitrag zu einem Verständnis des verfassten Grundrechts der Meinungsfreiheit in Deutschland leisten und nicht nur die vom Autor, sondern medial allgemein gepflegte Empörungskultur relativieren. Gleichzeitig



weise ich vorsorglich darauf hin, dass mit diesem Beitrag keinesfalls das Ziel verfolgt wird, die Positionen der Pegida-Bewegung wertend zu kommentieren.

Mit der Einordnung von friedlichen Demonstrationen als „demokratiefremd“ und noch weiter zugespitzt gar als „Rebellion“ begibt sich der Autor bereits mit der Überschrift als ein an einem Institut für Politikwissenschaft lehrenden Soziologen merkwürdig und irritierend interpretierten Demokratieverständnis an den Stammtisch eines x-beliebigen Dorfwirtshauses. Protest auf der Straße wird explizit mit Protest gegen Demokratie gleichgesetzt (!) Diese These untermauert Prof. Salzborn durch wahlloses Aneinanderreihen von Pauschalismen, namentlich von Demonstranten mit „verrückten Anliegen“. Die Motivation der so erkannten „egoistischen“ Demonstrationsteilnehmer: sich „ausschließlich um sich selbst sorgen“. In unserem Staat der staatsbürgerlich Gleichen grassiere die Angst um erkannte „Privilegien“, ja welche Privilegien eines Durchschnittsbürgers? Unbotmäßig sieht Professor Salzborn die Tatsache einer politischen Sympathie der Pegida-Demonstranten zur immer stärker werdenden politischen Partei AfD, wobei er dieser im gleichen Atemzug ebenfalls Demokratiefremde überstülpt. Es folgt in einem Satz, wie in der sonstigen Meinungsmache gerade bei dem medialen Umgang mit Thema Pegida immer wieder abzulesen, insgesamt für alle Pegidas, eine Verkettung des Begriffs Islamisierung mit rassistischen und völkischen Positionen. Dazu passend in diesem Kontext konnotiert ein „nationaler Pathos“. Es stören Prof. Salzborn bei den Demonstrationen öffentlich artikulierte, sogenannte „Partikularinteressen“, ohne dazu einen Hinweis auf ein konkretes Thema mit dem ausdrücklichen Anspruch und der faktischen Möglichkeit seiner politischen Durchsetzung zu geben. Bei dem Skandieren einer „Islamisierung des Abendlandes“ wie auch andere Parolen und Appelle werden aus der Natur der Sache heraus zwangsläufig aus einem partikularen Raum heraus vorgetragen. Dagegen werden die rassistischen und völkischen Positionen im theokratischen Staatsverständnis des Islam geflis-

sentlich ignoriert. Demonstrierende Bürgerinnen und Bürger, an der Zahl Zehntausende, leiden nach Meinung des Autors unter „falscher Selbstwahrnehmung“, namentlich der typische Pegida-Demonstrant, der „typisiert“ im reifen Alter von knapp unter 50, gut ausgebildet, voll berufstätig aus der Mittelschicht kommt, wie aus einer in den Medien veröffentlichten Studie hervorgeht. Heftiger könnte auch ein Grundschüler ohne Gymnasialempfehlung seine eigene Argumentation nicht mehr konterkarieren.

Dabei wird vollständig übersehen, dass es sich bei dem Phänomen Pegida um eine ausnahmslos friedliche Bewegung im Volke handelt, die mit der medial erreichten, ziemlich explosiven Breitenwirkung, offensichtlich den Volksnerv im Osten wie im Westen getroffen hat, so auch den Nerv von Satt- und Wohlstandsbürgern, die ihre politische Meinung üblicherweise gern oder besser anderen überlassen. Diejenigen, die sich für eine Meinung entscheiden, auch wenn eine Meinung mit noch so sinnfreien Parolen daherkommt, machen sich in dieser Gesellschaft automatisch schuldig. Die Verurteilung folgt auf dem Fuße.

Diametral entgegen der Hetze von Prof. Salzborn und auch dem sonstigen Mainstream, stehen die öffentlichen Stellungnahmen von dem renommierten Dresdner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Werner Patzelt und seines Kollegen Prof. Dr. Hans Vorländer von der TU Dresden, die die Pegidas in Dresden vor Ort begleitet haben. Die kardiologischen Ferndiagnosen Salzborns aus Göttingen zur medialen Aufmerksamkeit, Verweise auf rechts-extreme Demonstrationen in Sachsen, wie auch auf irgendwelche Internetblogs kann den allesamt so verurteilten Demonstranten am konkreten Ort nicht auch noch übergestülpt werden. Offen zutage trat mit Pegida eine fehlende gemeinsame Vorstellung davon, was unser Gemeinwesen noch zusammenhält. Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche liefert keine Antworten. Mit dem Eselsgalopp eines psychologisierungsmusters resultiert Herr Salzborn „Träume“ bis hin zu wörtlich „Wahnvorstellungen“, sodass mit bloßer Gesinnungsschelte seine Vorwürfe an die Pegidas zwangsläufig auf ihn selbst zurückfallen. Nein, nicht

die Demonstranten erzeugen Angst vor radikalen Islamisten. Das zeigen die realen Lebensverhältnisse in nahezu allen Ländern mit vorherrschender islamischer Staatsprägung von Afrika bis Indonesien. Das besorgen schon die im arabischen Raum bestimmenden, fundamentalen Islamströmungen, mit den von ihren Repräsentanten propagierten Mitteln: List, Täuschung und nackte, mitunter sadistische und terroristische Gewalt. Die als Religion bezeichnete totalitäre, islamische Staats- und Machtideologie liegt fernab von dem europäischen Werte- und Verfassungskonsens. Daran ändern auch die vielen friedfertigen Muslime in Deutschland nichts, die als Migranten in großer Zahl dem Rechts- und Machtverständnis ihrer eigenen Religion zum Opfer geworden sind. Wie kommt Prof. Salzborn jetzt dazu, den religiös verbrämten Vorherrschaftsanspruch von radikalen Islamisten mit einer bloßen Meinungsäußerung der Pegidas gleichzusetzen? Nimmt der Autor mit seiner eigenen, hier veröffentlichten Meinung, für sich andere Maßstäbe in Anspruch? Die Pegida-Hysterie eines Uni-Professors der Soziologie fährt die formal gewährleistete Meinungsäußerung im öffentlichen Raum auf solche Weise an die Wand, wobei er sich in der Gesellschaft mit maßgeblichen Regierungsvertretern sonnen darf. Legitim und dringend notwendig ist gerade im Deutschland der Gegenwart die öffentliche Artikulation von sogenannten Normalbürgern aus der Mitte der Gesellschaft, auch wenn dies einer medial generierten Mehrheit nicht gefällt. Immer häufiger nerven die schon rituellen, mithin heuchlerischen Aufwallungen der medialen Öffentlichkeit mit ihrer blitzschnellen, wie bedenkenlosen Moralisierung aller Diskurse, welche die Widersprüche der Realität unter sich begräbt.

**Eduard Meßmer, Offenburg**

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*





# Zähe Tarifverhandlungen

Beim Erscheinen dieser Ausgabe wird es in der Tarifrunde 2015 für die rund 800.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ländern eine Entscheidung gegeben haben. Nur welche ist zum Redaktionsschluss von DEUTSCHE POLIZEI noch ungewiss.

Ein vierter Verhandlungstermin war für Ende März vorgesehen. Sowohl ein akzeptables Ergebnis, eine fünfte Runde als auch das Scheitern der Verhandlungen erschienen denkbar. Nach den ersten drei Runden, bei denen die Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft der Länder kein Angebot auf den Tisch gelegt hatten, und bundesweiten Warnstreiks unter Beteiligung von rund 100.000 Beschäftigten hatten die öD-Gewerkschaften eine erneute Warnstreikwelle angekündigt. Das Verhalten der Arbeitgeber war als Zumutung empfunden worden. Vor allem die von der TdL geplanten Einschnitte in die Altersversorgung sorgten für Sprengstoff in den Reihen der Beschäftigten. Kerstin Philipp, für Tarifpolitik verantwortliche



**Rund 100.000 Beschäftigte – hier in Berlin – hatten in bundesweiten Warnstreikaktionen ihre Forderungen nach einem höheren Entgelt und ihre Weigerung, Einschnitte in der Altersversorgung hinzunehmen, bekräftigt.**  
Foto: Michael Laube.



**Ernüchternde Bilanz nach drei schwierigen Verhandlungen: Der ver.di-Bundvorsitzende Frank Bsirske zeigte gegenüber der starren Haltung der Länder-Arbeitgeber Unverständnis. Oliver Malchow, für die GdP am Verhandlungstisch, sprach von einer Zumutung gegenüber den Beschäftigten.** Foto: Holecek

stellvertretende GdP-Bundvorsitzende, sagte nach der erneut fruchtlosen Runde: „Wir haben deutlich gemacht,

dass die Kolleginnen und Kollegen die Blockadehaltung der Arbeitgeber satt haben.“ **mzo**

**Bei Redaktionsschluss!**

# Nackter Hass und menschenverachtende Brutalität

Schwere Ausschreitungen zur Eröffnung des neuen Europäischen Zentralbankgebäudes. Über 90 verletzte Polizistinnen und Polizisten sowie mehr als 500 Festnahmen. Resümee des GdP-Bundvorsitzenden Oliver Malchow, der den Tag Mitte März vor Ort erlebt hat: „Was in Frankfurt am Main passiert ist, hat mit Demonstrationen oder Versammlungen nichts zu tun. Es herrschte nackter Hass und eine menschenverachtende Brutalität. Meinen Kolleginnen und Kollegen ist eine Gewalt entgegengeschlagen, für die sogar erfahrene Einsatzbeamte keine Worte mehr finden. Selbst Fahrzeuge, in denen Polizisten saßen, sind angezündet worden. Auch Feuerwehrleute und Rettungskräfte, unbeteiligte Passanten und Medienvertreter wurden angegriffen. Das alles hat mit politischem oder gesellschaftlichem Protest nichts zu tun. Den Brandstiftern, Randalierern und Steinewerfern ist jeder Anlass recht, eine Gewaltorgie zu feiern. Die EZB oder irgendeine Finanzpolitik ist ihnen völlig egal. Solche Straftaten sind mit nichts zu rechtfertigen. Wer das tut, macht sich mitschuldig.“ **hol**



**GdP-Bundvorsitzender Oliver Malchow (r.) und GdP-Hessen-Chef Andreas Grün (l.) informieren sich hinter den Kulissen über die Lageentwicklung.** Foto: Rüdiger Holecek



**Brennende Streifenwagen als Ausdruck von Kapitalismuskritik?** Foto: Karin Schäfer



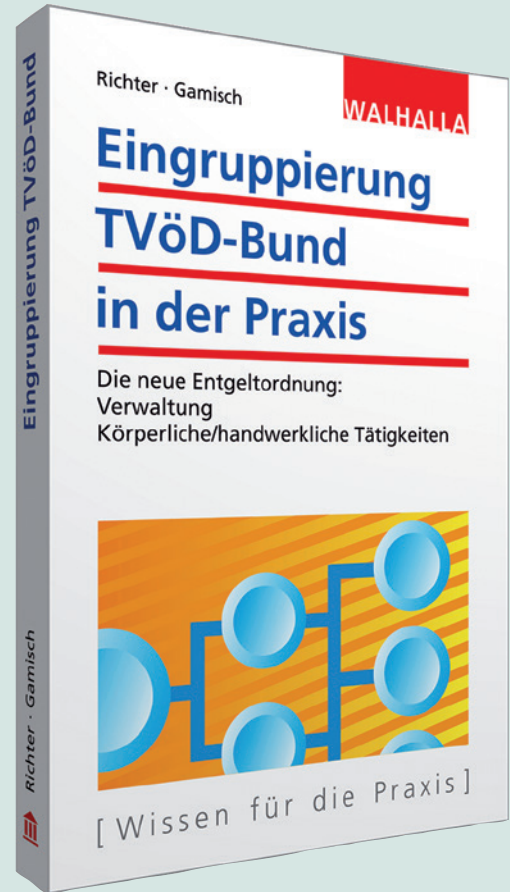


## Eingruppierung TVöD-Bund in der Praxis

Seit 1. Januar 2014 gibt es auch für den Bund eine „neue“ Entgeltordnung. Das Handbuch gibt dem Anwender zu Anfang anhand von Synopsen einen Überblick über die Neuerungen, die dem alten Recht und dem TV-L gegenüber gestellt werden. Kurz werden die wichtigsten Grundsätze der Eingruppierung, wie der Grundsatz der Tarifautomatik, Arbeitsvorgang, Hälfte-Grundsatz oder die Paragraphen 12, 13 TVöD dargestellt, um dann auf die Struktur der Entgeltordnung, die Entgeltgruppen in Einzelnen und die neuen Begrifflichkeiten hinsichtlich der Tätigkeitsmerkmale einzugehen. Am Ende wird nicht vergessen, das für die Personal- und Betriebsräte wichtige Thema der Mitbestimmung aufzugreifen. Es ist ein Praxishandbuch, das Eingeweihte der Materie als gute Unterstützung für ihre Arbeit nutzen können.

Michaela Omari

**Eingruppierung TVöD-Bund in der Praxis, Achim Richter, Annett Gamisch, Walhalla, 2014, 184 Seiten, 16,95 Euro, ISBN 978-3-8029-1575-8**



Nr. 4 • 64. Jahrgang 2015 •  
Fachzeitschrift und Organ der  
Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und  
Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO  
zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der  
Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten

## Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 0  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**Internet:** www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/  
Pressestelle**

**Chefredakteur/Pressesprecher:** Rüdiger Holecek (hol)  
**CvD:** Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)  
**Redaktionsassistent:** Johanna Treuber  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,**  
10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-pressestelle@gdp.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht  
in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt  
eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen  
werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und  
redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf.  
auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG  
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft  
der Polizei**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
**Telefon** Düsseldorf (0211) 7104-183  
**Fax** (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37  
vom 1. Januar 2015



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
177.488 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

**Titel**

**Foto:**  
Michael Ehresmann  
dpa/lrs

**Gestaltung:**  
Rembert Stolzenfeld



# STRAF-/STRAFPROZESSRECHT



## Strafprozessrecht für Polizeibeamte

Gang des Strafverfahrens, Eingriffsbefugnisse

Von **Holger Nimtz**

1. Auflage 2012

**Umfang:** 286 Seiten / **Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 24,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0682-9

## Strafrecht für Polizeibeamte

Von **Holger Nimtz**

**Band 1:** Grundlagen und Delikte gegen die Person

4. Auflage 2014

**Umfang:** 272 Seiten / **Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 19,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0730-7

**Band 2:** Delikte gegen das Vermögen und gegen Gemeinschaftswerte

3. Auflage 2014

**Umfang:** 308 Seiten / **Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 19,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0733-8



Die vorliegenden Bände zum Themenbereich Straf-/Strafprozessrecht sind in ihrer übersichtlichen, gut lesbaren und praxisnahen Darstellung perfekt aufeinander abgestimmt. Das „Strafrecht“ beinhaltet sämtliche Delikte des materiellen Strafrechts mit polizeilicher Relevanz. Im „Strafprozessrecht“ werden die wesentlichen Stadien des Strafverfahrens sowie die Eingriffsbefugnisse im Ermittlungsverfahren erläutert.

Der Autor bereitet die komplexen Rechtsmaterien nach polizeilichen Bedürfnissen auf, ohne prüfungs- und praxisrelevante Bereiche auszuklammern. Er ermöglicht auf diese Weise eine schnelle Einarbeitung in den Lernstoff und eine effektive Prüfungsvorbereitung. Studierende und interessierte Polizeipraktiker profitieren so von den Kenntnissen und Erfahrungen des Verfassers als Kriminalbeamter, Staatsanwalt und Hochschuldozent.

Kurzum: Jeder einzelne Band, aber gerade auch das Gesamtpaket erfüllt sämtliche Anforderungen an zeitgemäße Lehrmaterialien für die polizeiliche Ausbildung und das polizeiwissenschaftliche Studium in Diplom- und Bachelorstudiengängen.

### DER AUTOR

*Dr. Holger Nimtz, Leitender Regierungsdirektor, Dozent für Straf-/Strafprozessrecht und Eingriffsrecht im Fachbereich Polizei an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Leiter der Abteilung Köln.*



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

# Die Zeit .....

# ..... fest im Blick



## Funk-Armbanduhr CARUS 2

Edelstahlgehäuse poliert, 5 bar spritzwassergeschützt. Echtlederband aus feinstem Rindsleder mit Edelstahl-Dornschnelle, gehärtetes Mineralglas, Zeiger fluoreszierend. Deutsche Funkuhrwerk-Technologie, Datumsfunktion. Verpackt in eleganter Kartonverpackung.  
Ø ca. 44 mm mit Krone.

**150968**



**51,95 €**

**64,95 €**

## Armbanduhr SIRIUS

Superflaches Edelstahlgehäuse matt sandgestrahlt, 5 bar spritzwassergeschützt. Edelstahl-Milanaise-Armband, gehärtetes Mineralglas, Markenwerk von Miyota (by CITIZEN). Verpackt in satiniertes Metallbox.  
Ø ca. 38 mm mit Krone.

**150967**



**40,95 €**

**51,95 €**



## Armbanduhr ANTARES

Chronograph mit Metallgehäuse glänzend mit hochwertiger IP Beschichtung, 3 bar spritzwassergeschützt, Echtlederband aus Rindsleder, gehärtetes Mineralglas, Zeiger fluoreszierend, Markenwerkwerk JS20 von Miyota (by CITIZEN) mit 24-Stunden-Anzeige. Verpackt in satiniertes Metallbox.  
Ø ca. 45 mm mit Krone.

**150970**



**51,95 €**

**64,95 €**



## Armbanduhr DAYTONA

Edelstahlgehäuse matt gebürstet mit Schraubboden, 5 bar spritzwassergeschützt, Massiv-Edelstahl-Gliederarmband, aufgesetzte Datumslupe, Zeiger und Stundenindex fluoreszierend, Markenwerkwerk von Miyota (by CITIZEN) mit Datumsfunktion. Verpackt in Design-Alubox.  
Ø ca. 47 mm mit Krone.

**150969**



**63,95 €**

**79,95 €**



## Alle Uhren 5 Jahre Garantie.

**Wichtig:** Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung.



**ORGANISATION- UND SERVICE-GESELLSCHAFT  
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165  
osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Weitere Produkte finden Sie unter: [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de) oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.